




**PGNiG Supply & Trading GmbH
München**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021**





**PGNiG Supply & Trading GmbH
München**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021**

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PGNiG Supply & Trading GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der PGNiG Supply & Trading GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deut-

schen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunfts-

orientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 in allen wesentlichen Belangen erfüllt.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG“ sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile hierzu zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

München, den 5. Juli 2022

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(Düsseldorf)



Hund
Wirtschaftsprüfer



Biersack
Wirtschaftsprüfer

PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Bilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVA			PASSIVA		
	EUR	Vorjahr EUR		EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENTKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	10.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.738.899,00	38.962,00	II. Währungsumrechnungsrücklage	125.007,78	16.569,84
2. geleistete Anzahlungen	<u>0,00</u>	<u>1.346.594,15</u>	III. Bilanzverlust	<u>-2.426.119,18</u>	<u>-5.246.423,20</u>
	1.738.899,00	1.385.556,15		7.698.888,60	4.770.146,64
II. SACHANLAGEN			B. RÜCKSTELLUNGEN		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	250.545,39	314.744,36	1. Steuerrückstellungen	1.059.121,53	106.853,53
			2. sonstige Rückstellungen	<u>7.191.665,84</u>	<u>5.959.964,19</u>
				8.250.787,37	6.066.817,72
III. Finanzanlagen			C. VERBINDLICHKEITEN		
Anteile an verbundenen Unternehmen	<u>298.921,66</u>	<u>298.921,66</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.783.144,09	44.585.566,50
	<u>2.288.366,05</u>	<u>1.999.222,17</u>	2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.133.691,47	21.052,58
			3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273.959.499,11	53.405.034,77
			4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	345.991.707,18	35.879.621,05
			5. sonstige Verbindlichkeiten	<u>40.411.940,35</u>	<u>4.967.407,64</u>
			davon aus Steuern EUR 3.113.880,45 (Vorjahr: EUR 736.399,32)		
				673.279.982,20	138.858.682,54
B. UMLAUFVERMÖGEN			D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	86.099.040,25	4.246.993,10
I. Vorräte			E. PASSIVE LATENTE STEUERN	1.967,78	1.001,53
Erdgasvorräte	2.294.902,01	831.251,50			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	329.749.013,50	43.145.864,74			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	286.613.022,03	71.020.945,71			
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>99.302.256,86</u>	<u>22.896.723,35</u>			
davon aus Steuern EUR 31.230,33 (Vorjahr: EUR 14.559,12)	715.664.292,39	137.063.533,80			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	38.883.804,40	9.495.050,41			
	<u>756.842.998,80</u>	<u>147.389.835,71</u>			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	14.391.174,44	1.364.601,00			
D. AKTIVE LATENTE STEUERN	<u>1.808.126,91</u>	<u>3.189.982,65</u>			
	<u>775.330.666,20</u>	<u>153.943.641,53</u>		<u>775.330.666,20</u>	<u>153.943.641,53</u>

PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2021

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	4.659.143.866,80	1.017.424.377,42
2. sonstige betriebliche Erträge davon aus Währungsumrechnung: EUR 1.759.644,25 (Vorjahr: EUR 411.551,71)	2.085.065,41	961.372,52
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-4.405.417.506,25	-903.458.243,11
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-232.883.761,05</u>	<u>-99.150.735,50</u>
	-4.638.301.267,30	-1.002.608.978,61
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-4.801.282,05	-4.246.238,66
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 292,64 (Vorjahr: EUR 209,52)	<u>-600.564,26</u>	<u>-508.568,17</u>
	-5.401.846,31	-4.754.806,83
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-386.091,12	-187.357,63
6. sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Währungsumrechnung: EUR 2.164.656,08 (Vorjahr: EUR 1.888.337,53)	<u>-7.784.036,83</u>	<u>-10.374.305,46</u>
	9.355.690,65	460.301,41
7. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages übernommene Verluste	-749.979,07	-1.959.619,56
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56.998,59	181.472,27
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-701.078,34
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-3.250.068,66</u>	<u>-1.966.791,62</u>
	-3.193.070,07	-2.486.397,69
11. Steuern von Einkommen und vom Ertrag davon Erträge aus aktiven latenten Steuern EUR 1.201.033,17 (Vorjahr Ertrag: EUR 1.781.698,43)	<u>-2.592.245,49</u>	<u>1.446.485,73</u>
12. Ergebnis nach Steuern	2.820.396,02	-2.539.230,11
13. sonstige Steuern	<u>-92,00</u>	<u>-236,00</u>
14. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)	2.820.304,02	-2.539.466,11
15. Verlustvortrag	<u>-5.246.423,20</u>	<u>-2.706.957,09</u>
16. Bilanzverlust	<u><u>-2.426.119,18</u></u>	<u><u>-5.246.423,20</u></u>

PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Jahresabschluss der PGNiG Supply & Trading GmbH, München (HRB 190424, Amtsgericht München) wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 und 4 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, einem vertikal integrierten Energieunternehmen im Bereich Gasproduktion und Gasversorgung. Die Gesellschaft gehört somit zu einer Gruppe von Unternehmen, die im Sinne des Artikels 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr.139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen miteinander verbunden sind und in der Europäischen Union im Elektrizitäts- oder Gasbereich tätig sind. Die Gesellschaft ist somit ein vertikal integriertes Unternehmen im Sinne des § 3 Nr. 38 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Die Vorschriften des EnWG finden Anwendung.

Mit der 100%igen Tochtergesellschaft PST Europe Sales GmbH, München besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Der Vertrag gilt seit dem 1. Januar 2017 und besitzt eine Laufzeit bis zum 31.12.2022. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 5. Januar 2017.

Die Gesellschaft besitzt seit 2017 eine produktive Betriebsstätte in London, Großbritannien und seit 2019 eine produktive Betriebsstätte in Warschau, Polen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge während des Geschäftsjahres erfolgen zeitanteilig. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern betragen 1 bis 5 Jahre.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig. Die Nutzungsdauer des Anlagevermögens liegt zwischen 3 und 23 Jahren. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu EUR 250,00 werden im Zugangsjahr in voller Höhe bzw. bei Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 1.000,00 über fünf Jahre (Pooling) abgeschrieben.

Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Bei einer dauerhaften Wertminderung des **Anlagevermögens** wird gem. § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB außerplanmäßig auf den entsprechenden niedrigeren Wert abgeschrieben.

Bei der Bilanzierung des **Vorratsvermögens** werden neben den reinen Beschaffungskosten für das eingespeicherte Gas auch die mit der Einspeicherung verbundenen Kosten berücksichtigt. Dies führt dazu, dass bei Ausspeicherung, die um die zuzurechnenden Nebenkosten erhöhten Gasbezugskosten aufwandswirksam erfasst werden. Die Bewertung erfolgt mit dem gleitenden Durchschnittswert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt; erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben bilanziert, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nominalwert bewertet.

Fremdwährungen wurden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände bzw. Schulden werden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet.

Dies gilt auch für die Bilanzpositionen der ausländischen Betriebsstätten. Die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung werden dagegen mit dem durchschnittlichen Devisenkassakurs des Geschäftsjahres umgerechnet. Eine dabei entstehende Differenz wird erfolgsneutral in die Währungsumrechnungsrücklage eingestellt.

Für die Ermittlung **latenter Steuern** aufgrund von temporären Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Die Ermittlung latenter Steuern ergibt insgesamt eine Steuerentlastung. Das nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB bestehende Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern wurde ausgeübt.

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennwert angesetzt.

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Langfristige Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem rest-laufzeitadäquaten Marktzins abgezinst.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Passivseite Einnahmen bilanziert, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Unter den Finanzanlagen wird die PST Europe Sales GmbH ausgewiesen. Mit dieser besteht seit dem 1. Januar 2017 ein Ergebnisabführungsvertrag.

	Beteiligungs- höhe	Gezeichnetes Eigenkapital (EUR)	Geschäftsjahr	Er- geb- nis (EUR)
PST Europe Sales GmbH, München	100%	1.000.000,00	01.01.2021 - 31.12.2021	0,00

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages muss die Gesellschaft Verluste in Höhe von EUR 749.979,07 übernehmen.

Vorratsvermögen

Zum 31.12.2021 wurde Gas im Wert von EUR 2.193.907,97 in angemieteten Speichern eingelagert (Vorjahr EUR 0,00). Daneben ist im Vorratsvermögen Ethan im Wert von EUR 100.994,04 (Vorjahr EUR 0,00) ausgewiesen. Die sogenannten „White Certificates“ (polnische CO²-Zertifikate der Betriebsstätte in Warschau) sind zum 31.12.2021 nicht mehr im Vorratsvermögen enthalten (Vorjahr EUR 831.251,50).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	329.749.013,50	43.145.864,74
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	286.613.022,03	71.020.945,71
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	99.302.256,86	22.896.723,35
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
	<u>715.664.292,39</u>	<u>137.063.533,80</u>

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden im Geschäftsjahr 2021 Im Wesentlichen Forderungen gegenüber Handelspartnern für die Lieferperiode Dezember 2021 ausgewiesen.

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen	283.234.488,03	60.544.432,25
PST Europe Sales GmbH in Liquidation, München	3.378.534,00	10.319.329,83
XOOL GmbH in Liquidation, München	0,00	160.183,63
	<u>286.613.022,03</u>	<u>71.020.945,71</u>

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den Forderungen gegenüber der Gesellschafterin PGNiG SA, Warschau, aus den Lieferungs- und Leistungsgeschäften. Die Forderung gegenüber der PST Europe Sales GmbH besteht aus einem Darlehen in Höhe von EUR 3.378.534,00 (Vorjahr 8.582.087,08 EUR), es sind keine Forderungen aus Lieferungs- und Leistungsgeschäften mehr auszuweisen (Vorjahr EUR 1.734.242,75). Es sind gegenüber der XOOL keine Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mehr auszuweisen (Vorjahr EUR 160.183,63).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten neben gezahlten Sicherheitsleistungen Margin-Zahlungen („Initial- und Variation-Margin“) für Gas- bzw. Strom-Futures für Lieferzeiträume nach dem 31. Dezember 2021 in Höhe von insgesamt EUR 92.565.855,49 (Vorjahr EUR 18.291.795,87).

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die flüssigen Mittel bestehen aus Bankguthaben, die in Höhe von EUR 776.149,64 (Vorjahr 776.900,00 EUR) einer Verfügungsbeschränkung unterliegen. Grund für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist die zurückgegangene Barhinterlegung, die nach Einstellung des zugrunde liegenden Basisgeschäftes als Sicherheit für Bankgarantien nicht mehr benötigt werden.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wird im Wesentlichen der Aufwand aus der Kaskadierung von Gas- und Strom-Futures (mit Lieferungsbeginn ab dem 1. Januar 2022) ausgewiesen. Dabei wird der Kaskadierungseffekt unabhängig davon, ob es sich um eine künftige physische Lieferung oder um einen finanziellen Close-Outs handelt, saldiert auf diesem Abgrenzungsposten ausgewiesen.

Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren aus folgendem Sachverhalt:

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Latente Steuer auf steuerliche Verlustvorträge	527.335,74	2.197.798,67
Latente Steuern aus lokalen Differenzen der Betriebsstätte in Polen	1.280.791,17	992.183,98
	<u>1.808.126,91</u>	<u>3.189.982,65</u>

Der Berechnung der latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurde ein Steuersatz von unverändert 32,975 % zugrunde gelegt. Auf Verlustvorträge in Höhe von insgesamt EUR 1.599.198,61 wurden latente Steueransprüche berücksichtigt. Die aktiven latenten Steuern auf die Verlustvorträge wurden unter der Annahme bilanziert, dass die Gesellschaft in Zukunft ein positives steuerliches Ergebnis erzielen wird.

Der Berechnung der latenten Steuern aus lokalen Differenzen der Betriebsstätte in Polen wurde ein Steuersatz von 19,00 % zugrunde gelegt. Die Bilanzierung erfolgte unter Annahme des temporären Ausgleichs.

In der Höhe der gebildeten aktiven latenten Steuern besteht eine Ausschüttungssperre, da zum Bilanzstichtag keine frei verfügbaren Eigenkapitalanteile vorhanden sind.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von EUR 10.000.000,00 wird in voller Höhe von der Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen gehalten.

In Höhe der bilanzierten aktiven latenten Steuer besteht eine Ausschüttungssperre, da zum Bilanzstichtag keine frei verfügbaren Eigenkapitalanteile vorhanden sind.

Steuerrückstellungen

Die ausgewiesenen Steuerrückstellungen betreffen das Geschäftsjahr 2021 und 2020.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für ausstehende Rechnungen (hier insbesondere für fehlende Abrechnungen von Gaslieferungen), für Bonus- und Urlaubsverpflichtungen aus dem Personalbereich und darüber hinaus für Jahresabschlussstellungs- und -prüfungskosten sowie für die Erstellung der Steuererklärungen gebucht.

Im Geschäftsjahr mussten keine Drohverlustrückstellungen für das Handelsgeschäft gebildet werden (Vorjahr EUR 161.657,21).

Verbindlichkeiten

Die Gliederung der Verbindlichkeiten sowie ihre Laufzeiten ergeben sich aus folgendem Verbindlichkeitspiegel:

	Gesamt Betrag EUR	Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	11.783.144,09 (44.585.566,50)	11.783.144,09 (44.585.566,50)
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vorjahr)	1.133.691,47 (21.052,58)	1.133.691,47 (21.052,58)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	273.959.499,11 (53.405.034,77)	273.959.499,11 (53.405.034,77)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	345.991.707,18 (35.879.621,05)	345.991.707,18 (35.879.621,05)
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	40.411.940,35 (4.967.407,64)	40.411.940,35 (4.967.407,64)
	<u>673.279.982,20</u> (138.858.682,54)	<u>673.279.982,20</u> (138.858.682,54)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Kosten für die Energiebeschaffung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beziehen sich u.a. auf Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsgeschäft in Höhe von EUR 279.224.646,45 (Vorjahr EUR 12.358.172,44) gegenüber der Schwestergesellschaft PGNiG Upstream SA, Stavanger, Norwegen. Gegenüber der Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen bestand neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 2.231.427,09 (Vorjahr 726.237,34) Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 437.638,20 (Vorjahr EUR 282.744,29), die aus der Inanspruchnahme des Gesellschafterdarlehen (inklusive Zinsen) resultiert. Weiterhin ist darunter eine Verbindlichkeit aus einem Cash-Pool zwischen der Alleingesellschafterin und der Niederlassung in Warschau in Höhe von EUR 63.318.326,76 (Vorjahr EUR 19.551.897,42) ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber der XOOOL GmbH in Höhe von EUR 2.676,67 (Vorjahr EUR 1.000.950,00) resultiert aus einem Cash-Pooling innerhalb der PST-Gruppe. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages werden daneben auch Verbindlichkeiten aus der Verlustübernahme PST ES in Höhe von EUR 749.979,07 (Vorjahr EUR 1.959.619,56) ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Sicherheitsleistungen in Form von Marginverpflichtungen für Gas- bzw. Strom-Futures für Lieferzeiträume nach dem 31. Dezember 2021 i.H.v. insgesamt EUR 36.898.940,16 (Vorjahr EUR 3.720.344,23).

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten wird im Wesentlichen der Effekt aus der Kaskadierung von Gas- und Strom-Futures (mit Lieferungsbeginn ab dem 1. Januar 2021) ausgewiesen. Dabei wird der Kaskadierungseffekt unabhängig davon, ob es sich um eine künftige physische Lieferung oder um einen finanziellen Close-Out handelt, saldiert auf diesem Abgrenzungsposten ausgewiesen.

Eventualverbindlichkeiten

Haftungsverhältnisse aus Gewährleistungsverträgen

Zum Bilanzstichtag bestanden Haftungsverhältnisse aus Gewährleistungen in Höhe von maximal EUR 465,7 Mio., USD 893,1 Mio. sowie PLN 30 Mio. gegenüber der Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen. Hierzu wurden Gewährleistungsverträge für die unterschiedlichen Geschäftsbereiche der Gruppe vor dem Hintergrund abgeschlossen, dass die Alleingesellschafterin ihrerseits Zahlungsgarantien gegenüber externen Lieferanten der PGNiG Supply & Trading GmbH gegeben hat, um das Risiko eines Zahlungsausfalls der Tochtergesellschaft abzusichern. Bei Inanspruchnahme durch einen externen Lieferanten wäre die

Alleingesellschafterin berechtigt, das Geld von der Tochtergesellschaft zurückzufordern. Die Gesellschaftergarantien beziehen sich auf einzelne Transaktionen zwischen der Gesellschaft und externen Lieferanten. Jede einzelne Garantievereinbarung im Rahmen des Gewährleistungsvertrags steht unter der auflösenden Bedingung, dass die zu sichernde Forderung seitens der externen Lieferanten beglichen ist oder die Laufzeit der jeweiligen Garantie endet.

Zum Bilanzstichtag bestanden offene Verbindlichkeiten seitens der Gesellschaft gegenüber externen Lieferanten und somit Zahlungsgarantien seitens der Muttergesellschaft in Höhe von EUR 274,0 Mio., sodass eine Inanspruchnahme zum Bilanzstichtag in gleicher Höhe möglich wäre. Da die Gesellschaft mit ausreichend liquiden Mitteln ausgestattet ist und ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommt, ist eine Inanspruchnahme der Gewährleistungsverpflichtung der Muttergesellschaft durch externe Lieferanten und somit die Inanspruchnahme der Gewährleistungsverpflichtung der Gesellschaft durch die Muttergesellschaft nicht zu erwarten. Das Risiko wird als minimal eingestuft.

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2021 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

2022 EUR	2023 EUR	2024 EUR	2025-2027 EUR	Gesamt EUR
119.295.356,43	28.687.198,95	5.697.816,28	7.348,40	153.687.720,05

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um schwebende Gas- und Stromtermingeschäfte (Beschaffung) mit Dritten.

Darin enthalten sind aber auch schwebende Beschaffungen von der norwegischen Schwestergesellschaft in Höhe von EUR 3.161.698,82.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Der Hauptgrund bei der Vervierfachung der Umsatzerlöse liegt in der Preisrally auf den Energiemärkten, die zu Beginn des 4. Quartals einsetzte. Umsatzerlöse der Betriebsstätte Warschau stiegen gegenüber 2020 um 86 Prozent, die des Stammsitzes um 400 Prozent und die der Betriebsstätte in London sogar um 475 Prozent. Zu dem reinen Preiseffekt kam zusätzlich noch die gestiegenen Handelsmengen hinzu. So stieg die Handelsmenge von 75,1 TWh in 2020 auf nun 93,3 TWh.

Die Umsatzerlöse verteilen sich regional bzw. auf die Rohstoffe wie folgt:

	innerhalb Deutschlands EUR	außerhalb Deutschlands EUR	Gesamt EUR
Umsatzerlöse (Vorjahr)	1.299.569.195,94 (313.642.220,68)	3.359.574.670,86 (703.782.156,74)	4.659.143.866,80 (1.017.424.377,42)

Die Handelsumsatzerlöse verteilen sich auf die Rohstoffe wie folgt:

	Gas EUR	Strom EUR	Erdöl EUR	Gesamt EUR
Umsatzerlöse (Vorjahr)	4.531.261.953,58 (962.304.412,20)	127.881.781,38 (55.044.651,15)	131,84 (75.314,07)	4.659.143.866,80 (1.017.424.377,42)

Materialaufwand

Der Posten Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe sowie alle bezogenen Leistungen. Analog zu den Umsatzerlösen entfällt der größte Teil dabei auf Gasbeschaffungskosten. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit dem Rückgang der Umsatzerlöse und resultiert aus einem gesunkenen Beschaffungsvolumen und einem allgemeinen Preisrückgang.

Abschreibungen

Es wurden nur planmäßige Abschreibungen auf materielle und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens getätigt.

Sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 176.284,35; Vorjahr EUR 514.348,72) sowie Erträge aus Währungsumrechnungen, die im Geschäftsjahr 2021 EUR 1.759.644,25 betragen (Vorjahr EUR 411.551,71).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten solche aus Währungsumrechnungen in Höhe von EUR 2.164.656,08 (Vorjahr EUR 1.888.337,53). Im Übrigen werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen für Fremdleistungen, Beratungskosten sowie Aufwendungen für die Infrastruktur des Unternehmens ausgewiesen. Der Rückgang der ausgewiesenen Kosten resultiert im Wesentlichen aus der hohen Wertberichtigung des polnischen Kundenportfolios im Vorjahr.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen i.H.v. EUR 56.998,59 (Vorjahr EUR 181.472,27) sind Zinsen gegenüber der PST Europe Sales GmbH in Liquidation i.H.v. EUR 28.534,00 (Vorjahr 32.087,08) enthalten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aval-Provisionen gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von insgesamt EUR 2.074.517,82 (Vorjahr EUR 1.035.711,93) sowie auf Zinsaufwendungen gegenüber ihr in Höhe von EUR 11.207,67 (Vorjahr EUR 107.071,95). Die Steigerung bei den Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus einer deutlichen Erhöhung der zur Absicherung zur Verfügung gestellten Avale.

Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Vorjahr beliefert die Beteiligung PST ES keine Endkunden mehr mit Energie. Das Kundenportfolio wurde ausgegliedert und an einen Wettbewerber veräußert. Wegen fehlender künftiger Erträge aus dem Vertriebsgeschäft musste der Beteiligungsansatz daher damals von den Anschaffungskosten auf das noch verbliebene Eigenkapital der PST ES korrigiert werden. Einen darüberhinausgehender Wertberichtigungsbedarf gab es im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag resultieren aus Aufwendungen aus dem Verbrauch latenter Steuer auf Verlustvorträge i.H.v. 1.378.695,71 EUR (Vorjahr Ertrag EUR 1.781.698,43) sowie aus der Bildung von Steuerrückstellungen und laufenden Steuerzahlungen in Höhe von insgesamt EUR 1.213.549,78 (Vorjahr EUR 318.236,96).

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft an ihre Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, 25.390 GWh Erdgas verkauft (leitungsgebundenes Erdgas und LNG-Gas) und damit Umsatzerlöse (inkl. Kapazitäten) in Höhe von ca. EUR 1.678 Mio. erzielt. Da die Beteiligung PST ES und deren Tochtergesellschaft XOOOL GmbH im Jahr 2020 ihr Kundenportfolio veräußerten, musste für diese Gesellschaften im abgelaufenen Geschäftsjahr auch keine Beschaffungen von Gas oder Strom mehr getätigt werden.

Für die PGNiG Upstream Norway SA vermarktete die Gesellschaft die auf die Schwes-tergesellschaft entfallenden Anteile an dem in mehreren norwegischen Gasfeldern produzierten Gas. Die Beschaffungskosten beliefen sich auf EUR -1.009 Mio. (15.583 GWh).

Es besteht ein Revolving Loan Agreement zwischen der PST und der PGNiG SA, dessen Laufzeit bis zum 31. Dezember 2023 verlängert wurde. Der Kredit wurde zum 31. Dezember 2021 nicht in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind innerhalb der PST-Gruppe wechselseitige Darlehensverträge zur Durchführung eines Cash-Poolings abgeschlossen. Die PST Europe Sales GmbH in Liquidation nahm in 2021 ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von EUR 3,4 Mio. in Anspruch. Für die Abwicklung mit der

Clearing-Bank in Polen ist die Betriebsstätte in Warschau in einen Cash-Pool- Vertrag mit der PGNiG SA eingebunden.

Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Im Geschäftsjahr 2021 ist die Gesellschaft anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors nachgekommen. Die Gesellschaft führt daher für diese Tätigkeiten getrennte Konten.

Bewertungseinheiten

Die Gesellschaft bildet – getrennt nach dem jeweiligen Geschäftszweck – für schwebende Geschäfte Bewertungseinheiten gemäß IDW RS ÖFA 3 in Form von Macro Hedged. Die einbezogenen Sicherungsgeschäfte dienen der Absicherung der aus Marktpreisschwankungen resultierenden Preisänderungsrisiken. Aufgrund der Kongruenz von Art, Menge und Fristigkeit von Grund- und Sicherungsgeschäften sind die Bewertungseinheiten wirksam. Die Effektivität wird im Rahmen des bestehenden Risikomanagementsystems mittels Critical-Terms-Match sowie Regressionsanalyse nachgewiesen. Ergeben sich in einer jahresbezogenen Betrachtung negative Mark-to-Market-Bewertungen für eine Bewertungseinheit, wird hierfür eine Drohverlustrückstellung gebildet. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten werden Risiken aus der Einzelgeschäftsbetrachtung in Höhe von TEUR 765.685 abgesichert. Das Volumen der abgesicherten Grundgeschäfte beträgt TWh 17,6 und betrifft die monatlichen Abrechnungsperioden bis Ende des Jahres 2024.

Geschäftsführung

Geschäftsführer der PGNiG Supply & Trading GmbH waren im Geschäftsjahr 2021:

- Bartłomiej Korzeniewski, Absolvent der Fakultät für Mathematik, Informatik und Mechanik der Universität Warschau und promovierte am Department of Finance and Management der Warsaw School of Economics, Lipkow (seit 29. Juli 2019)
- Olgierd Hurka, Absolvent der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Außenhandel an der Universität Danzig und schloss einen MBA an der Manchester Business School in Großbritannien ab, Warschau (seit 29. Juli 2019)

Herr Bartłomiej Korzeniewski und Herr Olgierd Hurka sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat

Aufsichtsratsmitglieder der PGNiG Supply & Trading GmbH waren im Geschäftsjahr 2021:

- Jacek Polańczyk (Mitglied und Vorsitzender seit 27. August 2020)
- Mariusz Bartosewicz (seit 27. August 2020)
- Małgorzata Raczynska-Weinsberg (seit 9. Juli 2021)
- Daniel Maria Wais (bis 16. März 2022)
- Aneta Krasuń (bis 22. März. 2021)

Bezüge aktiver Organmitglieder

Bezüglich der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von EUR 53.566,08 (Vorjahr EUR 42.282,59).

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 wurden durchschnittlich 46 (Vorjahr: 42) Mitarbeiter beschäftigt. Die Mitarbeiter teilen sich wie folgt auf:

- Angestellte: 41
- leitende Angestellte: 5

Konzernverhältnisse

Der Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss der Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, einbezogen (größter Konsolidierungskreis). Dieser ist am Sitz der Muttergesellschaft erhältlich. Das operative Geschäft der PST Europe Sales GmbH in Liquidation und der XOOOL GmbH in Liquidation wurde mit dem Verkauf der jeweiligen Kundenportfolien im Jahr 2020 eingestellt. Seit dem 01.01.2022 befinden sich die Gesellschaften in Liquidation. Die Gesellschaft ist mit nicht mehr zur Aufstellung eines handelsrechtlichen Konzernabschlusses und Konzernlageberichts nach § 290 HGB verpflichtet (kleinster Konsolidierungskreis). Mit beiden Gesellschaften besteht noch eine umsatzsteuerliche Organschaft, während die bisherige ertragsteuerliche Organschaft mit der Veräußerung der wesentlichen Geschäftsgrundlage automatisch beendet wurde. Der Ergebnisabführungsvertrag mit der PST Europe Sales

GmbH in Liquidation besteht handelsrechtlich noch weiter.

Honorar des Abschlussprüfers

Das für das Geschäftsjahr 2021 vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar in Höhe von EUR 96.388,77 betrifft in Höhe von EUR 71.707,82 die Abschlussprüfung.

Geschäfte mit nahestehenden Personen

Geschäfte mit nahestehenden Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen bestehen nicht.

Nachtragsbericht

Coronavirus-Pandemie:

PST erwartet weiterhin betriebliche Herausforderungen im Zusammenhang mit möglichen Krankheitsausfällen von Mitarbeitern oder der Notwendigkeit von Arbeit im Homeoffice. PST ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet und sieht kein Risiko einer Betriebsunterbrechung, wie das letzte Jahr bereits gezeigt hat. Grundsätzlich wird Corona weiterhin Einfluss auf die Nachfrage und auf die Marktpreise haben. Die meisten Händler arbeiten vom Home Office aus, was die Liquidität und die Anzahl der spekulativen Positionen auf dem Markt verringern wird, was wiederum zu einer höheren Volatilität und zufälligen Preisschwankungen führen könnte.

Krieg in der Ukraine:

Der Krieg in der Ukraine führte bereits zu erheblichen Preisschwankungen und damit verbunden zu einem erhöhten Liquiditätsbedarf. Die Europäische Union hat ein umfangreiches Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg gebracht, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht den Import von Gas aus Russland betrifft. Auch ein einseitiger Lieferstopp durch Russland würde die Unternehmensfortführung nicht gefährden, da die Gesellschaft mit ihrer LNG Betriebsstätte in London und ihrer Shipper-Tätigkeit in Norwegen bereits in den alternativen Beschaffungsmärkten tätig ist. Die aktuellen Entwicklungen werden bezüglich ihrer Auswirkungen auf PST und den gesamten PGNiG Konzern kontinuierlich beobachtet und analysiert.

Einstellung der Gaslieferungen durch Gasprom

Am 26. April teilte Gazprom PGNiG SA ihre Absicht mit, die Gaslieferungen nach Polen im Rahmen des Jamal-Vertrags mit Beginn des Vertragstages am 27. April vollständig einzustellen.

Dank der Umsetzung der Regierungsstrategie zur Diversifizierung der Gasversorgungsquellen ist PGNiG SA darauf vorbereitet, Gas aus verschiedenen Richtungen für Polen zu beziehen, z. B. über die Gasverbindungsleitungen an den westlichen, südlichen und nord-östlichen Grenzen sowie über das LNG-Terminal in Świnoujście, das die Anzahl der LNG-Tanker, die es aufnehmen kann, sukzessiv erhöht. Polen verfügt auch über eine eigene Gasproduktion sowie über Gasvorräte, die in unterirdischen Anlagen gelagert werden. Die Gesellschaft unterstützt mit seiner Geschäftstätigkeit die Umsetzung dieser Strategie. So nahm PST im Mai seine Tätigkeit am LNG-Terminal Klaipeda (Litauen) auf und ist somit nun auch in der Lage, über GIPL (Gas Interconnector Polen–Litauen) Gas nach Polen zu liefern.

Darüber hinaus sind aber keine wesentlichen wertaufhellenden bilanzierungspflichtigen Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2021 in Höhe von EUR 2.820.304,02 mit dem bestehenden Bilanzverlust zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.

München, 31. März 2022

Geschäftsführung

Unterschrift gültig

Dokument podpisany przez
IWETA KARINA OPOLSKA
Data: 2022.03.01 12:36:47
CEST



PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2021

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Aufgelaufene Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2021 EUR	1.1.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.191.885,26	1.952.976,70	0,00	4.144.861,96	2.152.923,26	253.039,70	0,00	2.405.962,96	1.738.899,00	38.962,00
2. geleistete Anzahlungen	1.346.594,15	0,00	1.346.594,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.346.594,15
	3.538.479,41	1.952.976,70	1.346.594,15	4.144.861,96	2.152.923,26	253.039,70	0,00	2.405.962,96	1.738.899,00	1.385.556,15
II. Sachanlagen										
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.138.792,71	68.852,45	0,00	1.207.645,16	824.048,35	133.051,42	0,00	957.099,77	250.545,39	314.744,36
III. Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000.000,00	0,00	0,00	1.000.000,00	701.078,34	0,00	0,00	701.078,34	298.921,66	298.921,66
	5.677.272,12	2.021.829,15	1.346.594,15	5.108.608,73	3.678.049,95	386.091,12	0,00	4.064.141,07	2.288.366,05	1.999.222,17

**Lagebericht der PGNiG Supply & Trading GmbH, München,
für das Geschäftsjahr 2021**

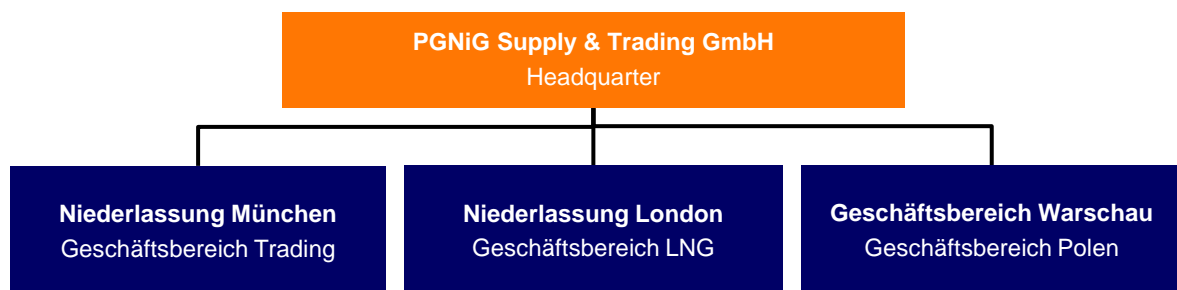
Inhaltsverzeichnis

- I. Grundlagen des Unternehmens**
- II. Wirtschaftsbericht**
- III. Chancen- und Risikobericht**
- IV. Prognosebericht**

I. Grundlagen des Unternehmens

Die PGNiG Supply & Trading GmbH (im Folgenden „PST“ oder „Gesellschaft“), München, ist in der PGNiG-Gruppe die Drehscheibe des internationalen Gashandels außerhalb Polens. Alleinige Gesellschafterin der PST ist die börsennotierte Polskie Górnictwo Naftowe i Gazow-nictwo S.A. (im Folgenden „PGNiG SA“), Warschau/Polen.

Die PST hat 2020 eine organisatorische Umstrukturierung vorgenommen, um die allgemeinen Managementfunktionen und die Handelsfunktionen zu trennen. Derzeit ist PST über drei Niederlassungen tätig, die für verschiedene Geschäftsbereiche zuständig sind, und ihre Organisationsstruktur sieht wie folgt aus:



Im Jahr 2020 wurde der Vertrieb von Gas und Strom an Endkunden, der über die PST-Tochtergesellschaften PST Europe Sales GmbH und XOOOL GmbH abgewickelt wurde, infolge der Änderung der strategischen Ziele der Organisation veräußert. Seit März 2020 wurde die Akquisition von Neukunden gestoppt und das Endkundenportfolio außerhalb der PGNiG-Gruppe verkauft. Die endgültige Abwicklung der Transaktion fand im Dezember 2020 statt. Im November 2021 wurde die Liquidation der PST Europe Sales GmbH und der XOOOL GmbH beschlossen. Der Liquidationsprozess wurde am 01.01.2022 gestartet und wird voraussichtlich mindestens ein Jahr dauern.

Geschäftsbereich Trading:

Der Geschäftsbereich Trading wurde eingerichtet, um hauptsächlich mit Erdgas und anderen Energierohstoffen auf den europäischen Märkten zu handeln.

Die PST ist der internationale Handelsarm der PGNiG-Gruppe und ihr Gesicht zum Markt. Innerhalb der PGNiG-Gruppe ist PST die Schnittstelle für die Beschaffung von Erdgas für die Muttergesellschaft und vermarktet das von der norwegischen Tochtergesellschaft PGNiG Upstream Norway AS im norwegischen Schelf geförderte Erdgas.

Im Jahr 2021 konzentrierte sich die PST auf die Entwicklung ihrer Aktivitäten als Gasabnehmer auf dem norwegischen Kontinentalschelf (NCS) und dem dänischen Kontinentalschelf (DCS) und schloss mehrere kurz- und mittelfristige Gaskaufverträge mit verschiedenen Vertragspartnern ab.

Parallel dazu hat die PST ihre Aktivitäten in den MOE-Märkten wie der Slowakei und Ungarn mit dem Hauptziel aufgenommen, die Betriebsfähigkeit für den Gastransport von und zur Ukraine von den wichtigsten europäischen Gashubs zu erreichen. Auch Märkte im nördlichen Teil von MOE wie Litauen sind für PST aufgrund der geplanten Pipelineanbindung dieser Märkte mit Polen im Jahr 2022 von Interesse.

Der Handel mit Strom-, Gas- und Ölverträgen auf eigene Rechnung ist ein weiterer Teil des Großhandelsgeschäfts.

Geschäftsbereich LNG

Im Jahr 2021 hat die PST ihre Kapazität und Präsenz auf dem LNG-Markt erheblich ausgebaut. Die PST betreibt den Handel mit LNG über ihre Niederlassung in London. Diese wurde 2017 gegründet und wurde zu einem speziellen LNG-Kompetenzzentrum der PGNiG-Gruppe. Die PST erweitert kontinuierlich ihr LNG-Portfolio und baut ihre Kompetenzen auf dem LNG-Transportmarkt aus.

Zur Umsetzung der langfristigen Verträge für FOB-Lieferungen hat die PST fünf Gastanker gechartert, die in der Lage sein werden, die vertraglich vereinbarte LNG-Menge aufzunehmen und zu transportieren. Darüber hinaus hat die PST Regasifizierungskapazitäten am LNG-Terminal Montoir in Frankreich kontrahiert, die 10 Slots im Jahr 2023 und 15 Slots jährlich für den Zeitraum von 2024-2029 umfassen.

Geschäftsbereich Polen

PST hat eine Niederlassung in Polen gegründet, um Beziehungen zu Kunden mit großem Industriegasverbrauch und Wiederverkäufern auf dem polnischen Markt aufzubauen. Die Niederlassung hat ihre Tätigkeit 2019 aufgenommen.

Im Geschäftsjahr verfügt die Gesellschaft über eine nicht-operative Niederlassung in Prag, Tschechische Republik.

II. Wirtschaftsbericht

1. Überblick

a. Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage

Rückblick auf das Jahr 2021

Entwicklung der Weltwirtschaft

Im Jahr 2021 erholte sich die Weltwirtschaft dank Impfungen und günstiger politischer Veränderungen in der ersten Jahreshälfte langsam von der Pandemiekrise des vergangenen Jahres. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Erholung durch eine neue Virusvariante und die steigende Inflation geschwächt. Enorme geldpolitische COVID-19 Programme der Regierungen führten zu einer höheren Inflation und zu steigenden Zinsen. Darüber hinaus trugen unterbrochene globale Lieferketten, die zu Lieferengpässen bei wichtigen Inputs führten, zum Anstieg der Inflation bei.

Der Anstieg der Rohstoffpreise im Jahr 2021 war im Vergleich zu 2020 sehr hoch. Es wird erwartet, dass die steigende Inflation im Jahr 2022 auf das Niveau vor der Pandemie zurückgeht, sobald das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage beseitigt ist. Die künftigen Entwicklungen werden jedoch eng mit dem Ausgang des Krieges zwischen der Ukraine und Russland verknüpft sein.

Da die Länder ihre Wirtschaftstätigkeit an die Pandemie angepasst haben, war in der ersten Hälfte des Jahres 2021 dennoch ein BIP-Wachstum zu verzeichnen, während die zweite Hälfte durch neue Virusvarianten und Unterbrechungen der Lieferketten gebremst wurde. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2021 um 5,8 % und im Jahr 2022 um 4,9 % wachsen wird. Wir weisen darauf hin, dass die Prognose des IWF vor dem Ausbruch des Krieges zwischen der Ukraine und Russland erstellt wurde.

Es wird erwartet, dass sich der Krieg und die gegen Russland verhängten Sanktionen negativ auf das Wachstum der Weltwirtschaft auswirken und zu einem weiteren Inflationsanstieg vor allem in der Eurozone beitragen werden, da die Preise für Rohstoffe wie Öl, Gas und Weizen, für die Russland ein wichtiger Lieferant ist, in die Höhe schießen.

Eurozone und Deutschland

Nach Berechnungen des IWF wuchs die Wirtschaft in der Eurozone im Jahr 2021 um etwa 5 % und in Deutschland um 3,1 %, das vor allem aufgrund von Unterbrechungen der Lieferketten und pandemiebedingten Einschränkungen geringer war als angenommen.

Die Wirtschaft in Deutschland ist immer noch sehr stark von der Pandemieentwicklung abhängig. Es wurde zunächst von einer deutlicheren Erholung der Wirtschaft ausgegangen, als es tatsächlich der Fall war. Im Vergleich zum vergangenen Jahr ist jedoch ein Wachstumstrend der Wirtschaft erkennbar.

Die Arbeitslosigkeit ist von 6 % im Jahr 2020 auf rund 5,1 % im Dezember 2021 gesunken, und die Prognose für 2022 zeigt einen weiteren Rückgang aufgrund des Fachkräftemangels.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erreichte die Inflationsrate im Dezember 2021 den höchsten Monatswert im Jahr 2021 (+5,3 %), wodurch die durchschnittliche Jahresrate 2021 auf 3,2 % anstieg, verglichen mit nur 0,4 % ein Jahr zuvor. Dies war vor allem auf die Wiedereinführung der regulären Mehrwertsteuersätze, die Erhöhung der CO₂-Steuer und die steigenden Rohstoffpreise zurückzuführen, die durch die Nachfrage, die durch die Pandemie im Jahr 2020 gedämpft wurde, verstärkt wurden. Die Preise für Energieerzeugnisse stiegen im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 10,4 %, nachdem sie 2020 um 4,8 % gesunken waren.

Wirtschaftlicher Ausblick für 2022

Entwicklung der Weltwirtschaft

Es wurde erwartet, dass sich die Weltwirtschaft im Jahr 2021 deutlicher erholen wird als es letztendlich der Fall war. Nach den Prognosen des IWF im World Economic Outlook (WEO), der im Januar 2022 veröffentlicht wurde, sollten die Weltwirtschaft und die wichtigsten Handelsregionen ihr Wachstum im zweiten Quartal 2022 verstärken. Es wurde erwartet, dass sich das globale Wachstum von 4,4 % im Jahr 2022 auf 3,8 % im Jahr 2023 verlangsamen würde. Nach den letzten Prognosen sollte die Inflation kurzfristig hoch bleiben und im Jahr 2022 durchschnittlich 3,9 % in den hochentwickelten Volkswirtschaften und 5,9 % in den Schwellen- und Entwicklungsländern betragen, bevor sie im Jahr 2023 zurückgehen würde.

Zusätzlich zu den Prognosen vom Januar 2022 erwarten wir jedoch ab März 2022 ein geringeres Wachstum als vorhergesagt sowie höhere Preise und Inflation aufgrund der anhaltenden russischen Invasion in der Ukraine.

Nach der jüngsten Stellungnahme von Morgan Stanley ist die Zahlungsunfähigkeit Russlands ein sehr wahrscheinliches Szenario, das bereits im zweiten Quartal 2022 eintreten könnte, und zwar aufgrund des beobachteten Verfalls der Anleihekurse, der Rezession und der Zahlungsbeschränkungen nach der russischen Invasion in der Ukraine.¹

Eurozone und Deutschland

Die Europäische Kommission ging von einem europaweiten Wachstum von 4 % im Jahr 2022 und einem Inflationshöhepunkt im ersten Quartal 2022 aus, für das letzte Quartal 2022 wurde ein Rückgang erwartet, der sich im nächsten Jahr unter 2 % einpendeln sollte. Nach dieser Prognose sollte das BIP der Europäischen Union im Jahr 2022 um 4 % auf 2,7 % sinken.

Nach Angaben der Europäischen Kommission wird die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2022 voraussichtlich stagnieren, wobei die Inflationsrate steigt. Allerdings wurde prognostiziert, dass die Wirtschaft im zweiten Quartal wieder zu wachsen beginnen wird. Insgesamt soll das BIP in Deutschland im Jahr 2022 um 3,6 % steigen und im Laufe des Jahres wieder das Vorkrisenniveau erreichen, mit einem weiteren Wachstum von 2,6 % im Jahr 2023.

¹ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-03-07/morgan-stanley-sees-russia-set-for-venezuela-style-debt-default>

Die Prognose geht davon aus, dass die Inflation im Jahr 2022 (im Vorjahresvergleich) auf 3,7 % ansteigt und sich im Jahr 2023 abschwächen wird.

Mögliche Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie

Alle Prognostiker sind sich einig, dass der Schlüssel zur Überwindung der Rezession darin liegt, die COVID-19-Pandemie mit einer wirksamen globalen Gesundheitsstrategie zurückzudrängen. Ein weltweiter Zugang zu Impfstoffen, Tests und Behandlungen ist unerlässlich, um das Risiko weiterer gefährlicher COVID-19-Varianten zu verringern. Dies erfordert eine verstärkte Produktion von Vorräten sowie bessere Verteilungssysteme in den einzelnen Ländern und eine gerechtere internationale Verteilung. Es wird damit gerechnet, dass im Laufe des Jahres 2022 die Covid-Beschränkungen in den Industrieländern aufgrund des hohen Anteils der geimpften und genesenen Bevölkerung gelockert werden.

Mögliche Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine schwer abzuschätzen. Kurzfristig beobachten wir einen dramatischen Anstieg der Rohstoffpreise, bei denen Russland ein wichtiger Marktteilnehmer ist. Dies wird sich bald in einer höheren Inflation niederschlagen, auf die höchstwahrscheinlich ein Anstieg der Zinssätze und Finanzierungskosten folgen wird. All diese Faktoren werden sich negativ auf das Wirtschaftswachstum in Europa und der ganzen Welt auswirken. Laut der im März 2022 veröffentlichten Stellungnahme des IWF muss die Finanzpolitik angepasst werden, um den Schwächsten zu helfen, und auch wenn die Situation noch sehr unbeständig ist und die Aussichten mit außerordentlicher Unsicherheit behaftet sind, sind die wirtschaftlichen Folgen bereits jetzt sehr gravierend.²

b. Die Energiemärkte in der Übersicht

Pipeline-Gasmarkt

Das Jahr 2021 war eine Herausforderung für die Rohstoffmärkte, insbesondere für den europäischen Gasmarkt. Im Gegensatz zum Jahr 2020, in dem die Pandemie zu einem erheblichen Nachfragerückgang führte, führten die weltweite wirtschaftliche Erholung und das Streben nach niedrigeren Emissionen zu einer hohen Nachfrage nach Erdgas. Unterstützt wurde die ohnehin steigende Nachfrage durch das deutlich kältere Wetter im Zeitraum März bis Mai, das zu einer Verlängerung der Heizsaison beitrug und zu einer

² Quelle: IMF Staff Statement on the Economic Impact of War in Ukraine

rekordverdächtig niedrigen Füllung der Gasspeicher in Europa und einer hohen LNG-Nachfrage in Asien führte.

Seit Mai ist bei den kontinentalen Gaspreisen ein starker Aufwärtstrend zu verzeichnen. Eine Kombination aus steigenden LNG-Preisen, bei denen die Kontinente (Asien/Europa/Südamerika) um Spot-Ladungen konkurrierten, sowie steigenden Emissions- und Strompreisen trieb die Gaspreise weiter in die Höhe. Keine Buchung von Transitkapazitäten durch Gazprom für Lieferungen nach Europa sowie zunehmende Spannungen zwischen Russland und der Ukraine trugen zur bereits eskalierten Situation bei.

Ein zunehmendes Speicherdefizit aufgrund einer geringen Speicherbefüllung in Europa und einer hohen Nachfrage nach LNG aus China führte von September bis zum Jahresende zu einem Preisanstieg. Infolgedessen stiegen die Gaspreise exponentiell an – mit Marktpreisen, die fast täglich neue Rekordwerte erreichten. Ende Dezember erreichten die Spotpreise an THE mit 190 €/MWh einen neuen Rekord. Dieses Niveau wurde am 20. Dezember erreicht, dem ersten Tag, an dem die Buchungen und Lieferungen über Mallnow auf null sanken. Die Lieferungen über Mallnow blieben für den Rest des Jahres (und bis zum 22. Januar und 22. Februar) bei null. In Verbindung mit den niedrigen Lagerbeständen von 93,94 €/MWh trug dies zu einer Preisaufschwung in Q4 21 bei, wie wir ihn noch nie zuvor gesehen haben. Der durchschnittliche Spotpreis für Q4 21 THE lag bei 93,94 €/MWh. Für das gesamte Jahr 2021 lag der durchschnittliche DA-Preis an THE bei nur 46,48 €/MWh.

Ein besonderes Problem bei den niedrigen kontinentalen Speicherständen war, dass die von Gazprom betriebenen Speicher einen noch geringeren Füllungsgrad aufwiesen als die restlichen Speicher. So hatte beispielsweise der größte deutsche Speicher, Rehden (betrieben von Gazprom), Ende September 2021 einen Füllungsgrad von nur 5 %.

Beide Faktoren, die fehlenden Lieferungen und die niedrigen Füllstände der Gazprom-Speicher, können als bewusste Maßnahmen von Gazprom und Russland im weiteren Sinne zur Destabilisierung des Gasmarktes in Kontinentaleuropa betrachtet werden. Sie treiben die Marktpreise in die Höhe und machen die EU anfälliger für Gaslieferungen aus Russland. In Anbetracht der Entwicklung der Lage in der Ukraine zielte die Aktion wahrscheinlich darauf ab, der EU bewusst zu machen, wie sehr sie von russischen Energielieferungen abhängig ist, die EU dazu zu bringen, nach der Invasion in der Ukraine keine Sanktionen gegen die russische Wirtschaft zu verhängen und Mittel zur Finanzierung des Krieges anzuhäufen.

Der Terminmarkt (TTF Gas Future) für das Frontjahr 2022 wurde im ersten Quartal des Jahres mit Preisen zwischen 15,5 EUR/MWh und 17,5 EUR/MWh gehandelt. Mit dem anhaltend kalten Wetter in Europa wurde der gesamte Rohstoffkomplex angehoben, was zu einem Aufwärtstrend des Frontjahreskontrakts führte, der Ende Juni 26 EUR/MWh überstieg. Gleichzeitig stiegen die Frontkontrakte (Q3 + Winter 22/23) noch schneller auf fast 40 EUR/MWh, was zu einer steilen Backwardation (Frontkontrakt wird höher gehandelt als später datierte Kontrakte) von mehr als 10 EUR/MWh führte.

In der zweiten Jahreshälfte tendierten die Preise wieder mit erhöhter Volatilität und erheblichen Korrekturen weiter nach oben. Die Gründe für den Preisanstieg waren:

- Stärkung der Rohstoffmärkte durch die steigende Nachfrage
- geringere russische Gaslieferungen mit Einschränkung der Verkäufe über die vertraglichen Mengen hinaus in Europa

Der TTF-Kontrakt für das Frontjahr erreichte im September einen vorläufigen Höchststand von über 43 EUR/MWh, um dann im Oktober in einer Panikbewegung auf über 70 EUR/MWh anzusteigen, was auf Nachschussforderungen von Handelsunternehmen zurückzuführen war, die ihre Positionen verkleinerten, um weitere Liquiditätsengpässe aufgrund von Nachschussforderungen zu vermeiden.

Darüber hinaus setzten Anfang Dezember Panikkäufe auf dem Markt ein, die den Preis für das Frontjahr bis Mitte Dezember auf fast 140 EUR/MWh verdoppelten und damit ein neues Rekordhoch markierten. Die Unruhe wurde verursacht durch:

- Riesiges Lagerungsdefizit und Bedenken hinsichtlich der Versorgungssicherheit;
- Erwartete kältere Temperaturen;
- Zunehmende Spannungen zwischen Russland und der Ukraine;
- Nachrichten über das Ausbleiben von Lieferungen aus dem Osten über die Jamal-Pipeline.

Nach dem Ende der Panikkäufe gingen die Preise bis zum Jahresende wieder zurück und lagen am Jahresende bei ca. 82 EUR/MWh.

Ausblick:

Ende 2021 war die Versorgungslage im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger komfortabel. Die Erdgasspeicher in Kontinentaleuropa wiesen für diese Jahreszeit einen rekordtiefen Füllstand auf. Ein etwas beruhigender Faktor war das Wetter in Europa und Asien, wo der Winter deutlich milder war, was zu einer geringeren Gasnachfrage führte.

Dies führte in der ersten Hälfte des Jahres 2022 zu einer Umlenkung der LNG-Ströme von Asien nach Europa.

Die wichtigsten Faktoren für den europäischen Erdgasmarkt im Jahr 2022 werden sein:

- Die weitere Entwicklung des russischen Einmarsches in der Ukraine und die daraus resultierenden Sanktionen der westlichen Länder - ein Abschwung der wirtschaftlichen Aktivitäten wird aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise erwartet.
- Pipelineströme aus Russland und Norwegen. Die Gasflüsse wurden erheblich reduziert, und ein mögliches Verbot der russischen Gas- und Ölexporte wird zu höheren Preisen und einer weiteren Zerstörung der Nachfrage führen.
- Temperaturen und Füllungsgrad der kontinentalen Gasreservoirs. Entgegen den Erwartungen war der Winter relativ mild, was dazu führte, dass die Speicher den normalen Füllstand der Vergangenheit erreichten (im Gegensatz zu dem hohen Defizit, das während der gesamten Speichersaison zu beobachten war). Die Backwardation der Preise bietet jedoch keinen Anreiz für die Inhaber von Speicherkapazitäten, die Speicher im Sommer 2022 zu füllen, da die Preise über denen für den Winter 2022/23 liegen. Die voraussichtliche Umsetzung einer Verordnung, die die Kapazitätsinhaber zwingen würde, Gas in die Speicher einzuspeisen, würde die Preise für die kommende Sommersaison weiter erhöhen.
- LNG-Zuflüsse: Die Nachfrage aus Asien kann für den Gasmarkt kontraproduktiv sein, da Europa und Asien um LNG-Lieferungen kämpfen und die Preise in Europa und weltweit hochhalten.

LNG-Markt

Im Jahr 2021 erreichte die Volatilität der Gaspreise an den europäischen und asiatischen Gashandelsplätzen ein Rekordhoch. Der TTF-Preis lag das ganze Jahr über unter 10 USD/MMBtu, bis er Ende des dritten Quartals 2021 auf rund 40 USD/MMBtu anstieg.

Die weltweite LNG-Nachfrage zog 2021 wieder stark an und stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5 % auf ein neues Rekordhoch von 380 MT (gegenüber 358,9 MT im Jahr 2020 und 316,8 MT im Jahr 2018). Obwohl auch bei der LNG-Produktion ein neuer Rekord erzielt wurde, war das Jahr 2021 durch eine geringere Auslastung vieler Verflüssigungsprojekte weltweit gekennzeichnet. Technische Probleme oder Wartungsarbeiten, die aufgrund der Pandemie nicht abgeschlossen werden konnten, standen dabei im Vordergrund. Hammerfest LNG in Norwegen war zum Beispiel das ganze Jahr über nicht in Betrieb, was den europäischen LNG-Markt erheblich beeinträchtigte. Das Wachstum der LNG-Exporte wurde hauptsächlich von den USA dominiert.

Für 2022 wird eine Ausweitung des Welthandels prognostiziert, da eine Reihe von Projekten in Betrieb genommen werden, darunter eine schwimmende Anlage in Mosambik und ein neues Greenfield-Modulprojekt in den Vereinigten Staaten. Darüber hinaus werden in Asien höhere Importe benötigt, insbesondere in China, wo bis 2027 ein zusätzlicher Bedarf von fast 90 MT erwartet wird. Es wird erwartet, dass Europa trotz seiner Verpflichtungen zur Dekarbonisierung weiterhin LNG auf einem hohen Niveau importieren wird. Es wird erwartet, dass die Nachfrage nach Erdgas beständig sein wird, was bedeutet, dass die rückläufige inländische Produktion und die Beschränkung des Pipelineangebots ein Wachstum der LNG-Importe in den kommenden Jahren ermöglichen werden.

Ausblick:

Nach Angaben der IEA (Internationale Energieagentur) wird auch die Pandemie nichts Grundlegendes an der zunehmenden Nutzung und Planung der weltweiten LNG-Infrastruktur ändern. Wir erwarten einen Anstieg der LNG-Liefermengen.

Strommarkt

Europa:

Der Strommarkt hat sich 2021 ähnlich entwickelt wie der Gasmarkt. Nach einem Rekordtief bei Nachfrage und Preisen im Jahr 2020 führte die wirtschaftliche Erholung zu einem Anstieg der Nachfrage und einem Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Darüber hinaus trieben steigende EUA-Preise und rasant steigende Gaspreise den Preisanstieg weiter an. Die Märkte in Europa erlebten noch nie dagewesene Spotpreise und erreichten im Dezember Rekordhochs:

- Die deutschen Spotpreise erreichten mit 432 EUR/MWh in Base und 515,5 EUR/MWh in Peak ein neues Rekordhoch (der durchschnittliche Spotpreis im Jahresverlauf betrug 53,3 EUR/MWh);
- Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Atomstrom haben die französischen Strompreise ein noch höheres Niveau erreicht: Der französische Spitzenlastvertrag vom 22. Februar erreichte ein Rekordhoch von 1.100 EUR/MWh;
- Auch die deutschen Terminpreise erreichten im Dezember neue Rekordwerte, wobei das Frontjahr (Cal 22 Base) bis auf 324,6 EUR/MWh stieg.

Ausblick:

Die Entwicklung der europäischen Strompreise hängt von mehreren Faktoren ab. Zu den Schlüsselfaktoren für die Märkte gehören:

- Weitere Entwicklung der EUA- und Gaspreise;
- Erzeugungsmix - Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und deren Anteil am Strommix;
- Kernenergieerzeugung in Frankreich - Jüngste Berichte zeigen einen weiteren Rückgang der französischen Erzeugung um 10 % gegenüber der letzten Prognose für 2021, was das Problem widerspiegelt, mit dem Frankreich im Hinblick auf seine alternden Kernreaktoren konfrontiert ist;
- Die Geschwindigkeit der Elektrifizierung (d.h. der Fahrzeuge) in Europa, die zu einer höheren Stromnachfrage führt;
- Der Gesamtausbau und die daraus resultierende Produktion von erneuerbaren Energiequellen (die 2021 im Vergleich zu anderen Jahren viel niedriger war).

CO₂-Preise und Preisentwicklung für Emissionszertifikate (EUAs) Europa

Wie der übrige Energiekomplex sind auch die Preise für Emissionszertifikate im Laufe des Jahres stark gestiegen. Die geringe Erzeugung aus erneuerbaren Energien in Verbindung mit restriktiveren Emissionsregelungen und dem weltweiten Aufschwung führte zu einem Anstieg der Stromnachfrage, der die Preise für EUA-Zertifikate im Laufe des Jahres verdreifachte. Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, mussten die Lücke der fehlenden erneuerbaren Stromerzeugung füllen. In der zweiten Jahreshälfte fiel die deutsche Winderzeugung auf 50 % ihres normalen Niveaus, was die Nachfrage nach kohle- und gasbefeuerten Kraftwerken ansteigen ließ, was wiederum zu einer erhöhten Nachfrage nach EUA-Zertifikaten führte. Im Dezember 2021 stiegen die Emissionspreise zum ersten Mal über 90 EUR/mt.

Viele Analysten gehen davon aus, dass die Emissionspreise im Jahr 2022 deutlich über 100 EUR/mt steigen werden. Allerdings könnte der Preis für EUA-Zertifikate aufgrund einer möglichen Verlangsamung der globalen Wirtschaftsentwicklung infolge der starken geopolitischen Spannungen und der insgesamt hohen Energiepreise unter Druck geraten. Dies könnte auch durch umweltpolitische Maßnahmen unterstützt werden, um die aus den hohen Energiepreisen resultierende Belastung für Haushalte und Industrie in Europa zu verringern.

Weltweiter Rohölmarkt:

Wie der gesamte Rohstoffkomplex haben auch die Ölpreise während des größten Teils des Jahres einen Aufwärtstrend verzeichnet. Aggressive Kürzungen der OPEC+ während der Pandemie angesichts der überraschend hohen Nachfrage zu Beginn des Jahres 2021 führten zu höheren Preisen. Während des gesamten Jahres hatte die Produktion Mühe, mit dem Anstieg der Nachfrage aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen Erholung Schritt zu halten.

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen (vor allem der Krieg in der Ukraine) verstärkten den Aufwärtstrend und erhöhten die Risikoprämie. Die Terminkurve befindet sich in einer steilen Backwardation, was die Marktteilnehmer dazu veranlasst, ihre Lager zu leeren und mehr Öl auf dem derzeitigen Niveau zu verkaufen, was wiederum zu einem späteren Preisanstieg führen kann.

Experten gehen davon aus, dass Rohöl im Jahr 2022 auf über 100 USD/bbl steigen wird. Angesichts des militärischen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine und möglicher Sanktionen gegen die russische Ölproduktion könnte der Ölmarkt seinen Höchststand von 2007 (147 USD/bbl) wieder erreichen.

Der Ölmarkt könnte durch eine zusätzliche Ölproduktion aus dem Iran etwas entlastet werden, wenn eine Einigung mit den westlichen Ländern über die Eindämmung der iranischen Nuklearambitionen erzielt wird.

c. Rechtliche Rahmenbedingungen

Der rechtliche Rahmen für den Erdgashandel in Deutschland hat sich nur geringfügig geändert. Die PST wird den Rechtsrahmen weiterhin beobachten. Die PST ist auch weiterhin in regulatorische Auseinandersetzungen über strategische Infrastrukturen (OPAL und Nord Stream 2) involviert. Da die PST (über ihre Londoner Niederlassung) die Flotte von LNG-Tankern weiter ausbaut, überwacht sie auch die regulatorische Entwicklung in Bezug auf Emissionen, Methanschlupf usw., sowohl auf internationaler Ebene (IMO) als auch innerhalb der EU.

Da die PST (über ihre Warschauer Niederlassung) auf dem polnischen Markt tätig ist, hat sie die jüngsten Änderungen des Steuersystems (die so genannte polnische Verordnung) zur Kenntnis genommen, im Rahmen derer u. a. eine Mindestkörperschaftssteuer eingeführt wird. Im Januar 2022 wurde eine Tochtergesellschaft der PST in Polen gegründet.

Während die PST (über ihre Münchner Niederlassung) ihre Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa weiter ausbaut, wird die Überwachung der formalen und rechtlichen Anforderungen auf den neuen Handelsmärkten des Unternehmens fortgesetzt. Darüber hinaus wurde der formale Prozess der Liquidation der beiden Tochtergesellschaften PST Europe Sales GmbH und XOOOL GmbH eingeleitet.

2. Geschäftsentwicklung

Auswirkungen der Preiskrise auf den Energiemarkt und die COVID-19-Pandemie

Das Jahr 2021 stand noch im Zeichen der COVID-19-Pandemie und der Überwindung der Krise durch die Einführung von Impfstoffen. Als Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus beschloss die Geschäftsführung der PST, Sicherheitsverfahren einzuführen, um die Gesundheit und Nachhaltigkeit der Mitarbeiter zu gewährleisten. Von Beginn der Pandemie an führte das Unternehmen Fernarbeit für alle Mitarbeiter ein und erstattete täglich Bericht über den aktuellen Gesundheitszustand. Darüber hinaus ist die physische Anwesenheit in den Büros der PST auf ein Minimum beschränkt und muss vorher mit der Personalabteilung abgestimmt werden, um die Sicherheitsstandards zu maximieren. Alle durchgeführten Maßnahmen werden ohne jegliche Störung durchgeführt.

Dennoch hatten die Pandemie und die Fernarbeit negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der PST, was zum Teil darauf zurückzuführen war, dass die Handelsmärkte aufgrund des verringerten Informationsflusses zwischen den Händlern weniger aktiv waren. Das PST war jedoch in der Lage, sich an die Situation anzupassen und in anderen Bereichen bessere Leistungen zu erbringen, um die durch COVID-19 verursachten Einschränkungen auszugleichen.

Preiskrise auf dem Energiemarkt

Die im Jahr 2021 festgestellten außergewöhnlich hohen Energiepreise führten zu einer geringen Liquidität des OTC-Marktes aufgrund eines erhöhten Kreditrisikos. Die Notwendigkeit, Gas an der Börse zu kaufen, führte zu Liquiditätsspannungen auf dem Markt und bei der PST. Die PST erhöhte ihre Finanzierungsmöglichkeiten bei Banken und führte ein sehr flexibles Abrechnungsschema innerhalb des PGNiG-Konzerns ein, das sich hauptsächlich auf die Abrechnungen mit PGNiG S.A. und PGNiG Upstream Norway (PUN) bezog, was die Fähigkeit der PST, alle ihre Verbindlichkeiten rechtzeitig zu begleichen, stark unterstützte.

Entwicklungen im Geschäftsbereich Trading

Im Jahr 2021 hat die PST ihr Erdgasgeschäft erfolgreich und nachhaltig weiterentwickelt. Unter anderem konnte sich die PST zusätzliche Mengen durch unsere norwegische Upstream-Schwestergesellschaft PGNiG Upstream Norway und andere Produzenten auf dem NCS sichern.

Neben der bestehenden Zusammenarbeit mit Lotos Norge, der dänischen Ørsted Salg & Service A/S (Ørsted) und Aker BP ASA für den Kauf und Verkauf von Erdgas ist es der PST gelungen, mit TOTALnergies A.S. und mit Sval Energy A.S. Verträge über die Abnahme von Erdgas vom norwegischen Kontinentalschelf abzuschließen.

Parallel dazu schloss unsere Upstream-Schwester PUN eine wichtige Akquisition auf dem norwegischen Festlandsockel ab, indem sie die INEOS Norge A.S. zusammen mit ihren Produktionsanlagen auf dem norwegischen Festlandsockel erwarb. Die Aufgabe der PST besteht darin, Gasmengen auf dem europäischen Großhandelsmarkt über die Pipelineverbindungen der Niederlande, Belgiens und Deutschlands (Emden/Dornum) und zu einem späteren Zeitpunkt über die Baltic Pipe, die von Dänemark durch die Ostsee nach Polen verläuft, zu platzieren. Mit den im Jahr 2021 geschlossenen Verträgen setzt die PST ihr Wachstum fort und stärkt ihre Position in Nordeuropa und auf dem dänischen Erdgasgroßhandelsmarkt.

Ein weiterer Schwerpunkt der PST ist der Ausbau des Geschäfts in Osteuropa. Mit den Handelsbeziehungen zur Slowakei, zu Litauen, zur Ukraine und auch zu Ungarn und Österreich haben wir ein solides und zukunftsorientiertes Standbein auch auf dem osteuropäischen Markt. Im Jahr 2021, während der Gaskrise in Moldawien, hat die PST die ersten Lieferungen von nicht-russischem Gas in dieses Land abgeschlossen. Die weitere Tätigkeit in der Region wird jedoch eng mit dem Ergebnis der militärischen Invasion Russlands in der Ukraine zusammenhängen.

Während die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Maßnahmen der Regierung (z.B. obligatorisches Home-Office während des Winters 2021/22) sowie eine deutlich erhöhte Volatilität im Markt und die erhöhten Margin-Anforderungen der Börsen das Eigenhandelsgeschäft der PST durch ein weiter reduziertes spekulativ gehandeltes Erdgasvolumen beeinträchtigten, wurde das starke Handelsergebnis vor allem durch die Optimierung der NCS Upstream-Produktion an der europäischen Drehscheibe erzielt und führte zum besten Ergebnis des Geschäftsbereichs Trading in der noch jungen Geschichte der PST.

Einführung des neuen ETRM-Systems

Im Jahr 2021 hat die PST erfolgreich das neue ETRM-System eingeführt. Die Umstellung auf Allegro führte zu einer Verringerung des manuellen Arbeitsaufwands. Infolgedessen werden die Berichte schneller erstellt, stehen früher zur Verfügung und sind weniger fehleranfällig. Darüber hinaus ermöglicht Allegro als fortschrittlicheres ETRM-System tiefgreifendere Analysen und maßgeschneiderte Lösungen, die das Risikomanagement weiter verbessern.

Entwicklungen im Geschäftsbereich LNG Trading

Zusätzliche Mengen

Im Jahr 2021 unterzeichnete die PGNiG Ergänzungen zu ihren Verträgen mit Venture Global LNG-Unternehmen - einem langfristigen, kostengünstigen Anbieter von US-LNG, das aus ressourcenreichen nordamerikanischen Erdgasvorkommen bezogen wird. Die Verträge bestimmen die Erhöhung der LNG-Verkaufsmenge. Im Falle des Kaufvertrags mit Venture Global Calcasieu Pass, LLC sieht die Änderung eine Erhöhung der von PGNiG abgenommenen LNG-Menge um 0,5 MTPA auf 1,5 MTPA vor, während die Änderung des Vertrags mit Venture Global Plaquemines, LLC die LNG-Liefermenge um 1,5 MTPA auf 4 MTPA erhöht. Dank der Änderungen erhöht sich die Gesamtmenge an LNG, die PGNiG über einen Zeitraum von 20 Jahren von beiden Venture Global LNG-Gesellschaften beziehen wird, auf insgesamt 5,5 MTPA, d.h. auf ca. 7,4 Mrd. m³ nach Regasifizierung.

Die ersten Lieferungen von Venture Global LNG sind für Anfang 2023 geplant.

Bei den geänderten Vereinbarungen handelt es sich um Verträge auf der Grundlage FOB (free-on-board), was bedeutet, dass der Käufer für die Verladung und den Transport der gekauften Mengen verantwortlich ist.

Gleichzeitig kündigte die PGNiG einen Liefervertrag über 2 Mio. t/Jahr LNG aus der von Sempra geplanten LNG-Exportanlage in Port Arthur (11 Mio. t/Jahr) und begründete dies mit Projektverzögerungen.

Entwicklung des Geschäftsbereichs Shipping

Die PST hat mit der norwegischen Reederei Knutsen OAS Shipping einen Vertrag über die Vercharterung von zwei Flüssigerdgas-Tankern (LNG) unterzeichnet. Die PST wird der alleinige Nutzer für 10 Jahre sein, mit der Option auf Verlängerung. Außerdem

werden die Schiffe exklusiv für die PGNiG-Gruppe gebaut und in der ersten Hälfte des Jahres 2024 in Dienst gestellt. Die PGNiG-Gruppe hat bereits ihre ersten beiden LNG-Tanker im Jahr 2020 unter Vertrag genommen, ebenfalls bei Knutsen OAS Shipping, womit die Flotte der Gruppe auf vier LNG-Tanker (je 174 Kubikmeter) anwächst. Die PST wird die volle Kontrolle über den kommerziellen Betrieb haben.

Zusätzlich zu den 4 Schiffen, die von Knutsen OAS Shipping unter Vertrag genommen wurden, haben wir auch einen Vertrag mit Thenamaris für 1 Schiff, so dass sich die Gesamtzahl der Schifffahrtsflotte auf 5 Schiffe beläuft.

Meilenstein für die LNG-Flotte des PGNiG-Konzerns

Im August 2021 wurde in der Ulsan-Werft des südkoreanischen Konzerns Hyundai Heavy Industries mit dem Bau des ersten von PGNiG gecharterten LNG-Tankers begonnen, der von der norwegischen Reederei Knutsen OAS Shipping AS in Auftrag gegeben wurde, d.h. der erste Stahlzuschnitt für den Bau des Schiffes mit dem Wertzeichen. Dies stellt für die PST einen Meilenstein in der Entwicklung des LNG-Geschäfts dar.

Entwicklungen im Geschäftsbereich Polen

Im Jahr 2018 gründete die PST eine Niederlassung in Polen, um Beziehungen zu Kunden mit großem Industriegasverbrauch und Wiederverkäufern auf dem polnischen Markt aufzubauen.

Zum 31. Dezember 2021 lieferte die PST Gas an 20 Kunden (41 Lieferpunkte in Polen). Bei den Kunden der PST-Niederlassung in Polen handelt es sich um die größten Handelsunternehmen (Privatkapital) aus der Glas-, Keramik-, Lebensmittel-, Chemie- und Agrarindustrie, die Gasbrennstoff für ihren eigenen Bedarf an physischen Punkten verwenden, sowie um Großhandelskunden (Wiederverkäufer), die Gasbrennstoff an einem virtuellen oder physischen Punkt für den Weiterverkauf erwerben.

Im Jahr 2021 hat die PST keinen Rückgang des Gasverbrauchs im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie gesehen, der im Jahr 2020 zu verzeichnen war. Dieser Faktor spiegelt die allgemeine Erholung der Wirtschaft nach dem Abschwung im Jahr 2020 wider.

Im Jahr 2021 lieferte die PST 7,7 TWh Gas an polnische Kunden, verglichen mit 7,9 TWh im Vorjahr. Zum 31.12.2020 beendete die PST die Zusammenarbeit mit einem Großkunden, der im Jahr 2020 1,5 TWh abnahm; ohne diesen Faktor stiegen die Liefermengen im Jahr 2021 um 20 % gegenüber 2020.

Trotz der im Einklang mit den geplanten Mengen stehenden Gaslieferungen erlebte die Niederlassung in Polen mehrere negative Entwicklungen auf dem Markt, die sich negativ auf die Leistung auswirkten. Seit September erlebte der Markt einen historischen Preisanstieg, der am 23. Dezember seinen Höhepunkt erreichte, als die Spotpreise 820 PLN/MWh überstiegen (d.h. der durchschnittliche 5-Jahres-Spotpreis liegt bei 73 PLN/MWh). Dieser Preisanstieg führte zu einem erheblichen Anstieg der Ausgleichs- und Flexibilitätskosten. Auch wenn die Kunden flache Verbrauchsprofile und eine sehr begrenzte Flexibilität innerhalb der vertraglichen Grenzen haben, verursachten die Kosten für kleine Abweichungen von den prognostizierten Werten erhebliche Ausgaben für die PST, die sich nicht in den an die Kunden angebotenen Preisen widerspiegeln. Dies gilt für Kunden, die Gas auf der Grundlage des MA-Index oder mit prozentualen Tranchen kaufen.

In Anbetracht der derzeitigen Marktvolatilität bietet die PST keinen MA-Index mehr an und hat dieses Produkt ab 2022 nur noch für zwei Kunden im Portfolio (der erste ist ein Glashersteller ohne jegliche Flexibilität, der zweite ein kleiner Wiederverkäufer, dessen Aufschlag das Risiko widerspiegelt). Die PST bildete eine Rückstellung für einen einzigen Vertrag im Portfolio mit prozentualen Tranchen in Höhe von 0,7 Mio. EUR.

Die Geschäftstätigkeit in Polen wird durch Darlehen finanziert, die von der PGNiG im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung gewährt werden, sowie durch Darlehen der Konzernzentrale. Der Preisanstieg verursachte einen erheblichen Liquiditätsbedarf, der zu einem Anstieg der verzinslichen Schulden von 37,3 Mio. EUR (sowohl Cash-Pooling-Vereinbarung innerhalb der PGNiG-Gruppe als auch internes Darlehen von PST München) zum 31.12.2020 auf 113,7 Mio. EUR zum 31.12.2021 führte.

Außerdem hat die Polnische Nationalbank im Oktober 2021 begonnen, die Zinssätze zu erhöhen. Der Leitzins stieg von 0,1% zum 31.12.2020 auf 1,75% zum 31.12.2021. Dies hat zu einem Anstieg der Marktzinsen und der Finanzierungskosten geführt. Diese beiden Faktoren - Anstieg der Fremdfinanzierung aufgrund der historisch hohen Preise und Erhöhung der Zinssätze - führten dazu, dass die Finanzkosten über den geplanten Zahlen lagen.

Die Ertragslage der polnischen Betriebe für 2021 lag deutlich unter den geplanten Zahlen. Der Verlust in diesem Geschäftssegment belief sich auf 1,5 Mio. EUR. Um die finanzielle Leistung dieses Segments zu verbessern, müssen die Preise für die Kunden an die aktuellen Marktbedingungen angepasst werden. Dieser Prozess wurde bereits eingeleitet, aufgrund der Bedingungen der laufenden Verträge wird eine Verbesserung der Leistung jedoch erst in den Jahren 2023 bis 2024 erwartet.

Entwicklungen im Einzelhandel

Im Jahr 2020 trennte sich die PST von ihrem Endkundengeschäft, das aus den beiden PST-Tochtergesellschaften PST Europe Sales GmbH und XOOOL GmbH bestand. Zum 1. September 2020 übernahm der bundesweite Energieversorger Iekker Energie GmbH die rund 40.000 Strom- und Erdgaskunden der PST Europe Sales GmbH und der XOOOL GmbH. Im November 2021 hat die Geschäftsführung der PST den Beschluss zur Liquidation der Vertriebsgesellschaften gefasst. Die Liquidation soll bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

Nach dem Verkauf des Portfolios und der Einstellung des Geschäftsbetriebs infolge des Ergebnisabführungsvertrages wurde das Nettoergebnis des Verkaufsgeschäfts in das Ergebnis der PST einbezogen.

3. Geographische Tätigkeitsgebiete

Die PST ist mit Gas- und Stromprodukten hauptsächlich im europäischen Energiegroßhandel tätig. Die Londoner Niederlassung der PST ist auf dem globalen LNG-Markt tätig. Die Niederlassung Warschau beliefert große Industriekunden in Polen.

4. Leistungsindikatoren

a.) Finanzielle Leistungsindikatoren

Als zentrale Leistungsindikatoren verwendet der Konzern Indikatoren wie z.B. Umsatzerlöse, Kosten und EBIT. Diese Leistungsindikatoren werden regelmäßig an die Geschäftsführung bzw. an die Gesellschafterin gemeldet. Das für das jeweilige Geschäftsjahr verabschiedete Budget bildet die Grundlage für die Geschäftsaktivitäten.

b.) Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Umwelt- und klimafreundliche Organisation

Seit Herbst 2015 ist der Betrieb der PST emissionsneutral. Nach der Ermittlung der CO₂-Emissionen, die durch die organisatorischen Aktivitäten der PST-Gruppe für das Jahr 2020 verursacht werden, beschaffen wir die erforderlichen Emissionsrechte, um emissionsneutral zu arbeiten. Gleichzeitig hat die PST einen jährlichen nichtfinanziellen Bericht innerhalb der PGNiG-Gruppe erstellt. Bei der Erfüllung der Verpflichtung zur Berichterstattung über nicht-finanzielle Daten stützt sich die PST auf die internationalen

Berichterstattungsrichtlinien der Global Reporting Initiative (GRI-Standards) und die Leitlinien für die Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Öl- und Gasindustrie (IPIECA).

Mitarbeiter

Wir haben hervorragende und motivierte Mitarbeiter und tun viel dafür, dass das so bleibt. Die personelle Vielfalt war von Anfang an ein wichtiges Ziel unserer Unternehmenstätigkeit. Dementsprechend setzt sich unsere Belegschaft aus Menschen mit unterschiedlicher Herkunft zusammen. Wir sind bestrebt, die Weiterentwicklung unserer Mitarbeiter zu gewährleisten. Deshalb bieten wir gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter an.

Am Ende des Berichtszeitraums zählte die Belegschaft 53 Mitarbeiter.

5. Darstellung der Lage

Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01 – 31.12.2021

	2021	2020
	TEUR	TEUR
Jahresverlust	2.820,3	-2.539,5
+/- Ab-/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	386,1	187,4
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Finanzanlagen	0,0	701,1
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1.491,3	-1.751,6
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen ohne Steuerrückstellungen	1.231,7	-6.956,5
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte	-1.463,7	12.357,9
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-286.603,2	-3.856,2
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen	-220.795,6	-22.660,4
-/+ Zunahme/Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände ohne Forderungen, Ertragsteuern, einschließlich aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	-89.432,1	-633,7
+/- Zunahme/Abnahme der Vorauszahlungen	1.112,6	21,1
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	220.554,5	25.727,4
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	266.345,7	6.772,1
+/- Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	35.444,5	69,6
+/- Zunahme/Abnahme des passiven Rechnungsabgrenzungspostens	81.852,1	3.058,6
+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	3.193,1	1.785,3
+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	952,3	77,9
= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	17.089,5	12.360,5
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-606,4	-402,4
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-68,9	-166,3
+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	5.203,6	-1.041,6
+ Erhaltene Zinsen	57,0	181,5
= Cashflow aus Investitionstätigkeit	4.585,3	-1.428,8
+ Zahlungen aus/an Kreditinanspruchnahme	-32.802,4	11.171,9
+/- Zahlungen von/an Cash-Pool-Nutzung von PGNiG	43.766,4	-39.283,4
+/- Zahlungen aus/an revolvingendes Darlehen von PGNiG	0,0	-9.985,9
- Gezahlte Zinsen	-3.250,1	-1.966,8
= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	7.713,9	-40.064,2
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	29.388,7	-29.132,6
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.495,1	38.627,6
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	38.883,8	9.495,0

Der Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit für die zwölf Monate des Jahres 2021 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Mio. EUR und betrug 17,1 Mio. EUR. Haupttreiber für den positiven operativen Cashflow war die hohe Differenz zwischen Spot-Verkaufs- und Spot-Kauf-Transaktionen an der Börse. Dieser Effekt wurde durch den Preisanstieg auf den Energiemärkten im 4. Quartal 2021 verstärkt. Positiv auf den operativen Cashflow wirkten sich auch die hohe verkaufte NCS-Gasmenge und die begrenzte Aktivität auf dem OTC-Markt im 4. Quartal 2021 aus.

Seit 2019 enthält der Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit keine Änderungen der zusätzlichen Finanzierung durch die PGNiG-Gruppe in Form eines revolving Darlehens oder eines Cash-Pool-Kontos mehr. Die oben genannten Positionen werden zusammen mit der Veränderung der Inanspruchnahme von Bankkreditlinien und Zinsen aus allen Finanzierungsquellen im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Der Anstieg des Cashflows aus der Investitionstätigkeit um 6,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus der Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens durch die PST ES in Höhe von 5,2 Mio. EUR.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zu 2020 um 47,8 Mio. EUR und betrug 7,7 Mio. EUR. Der positive Cashflow ist auf eine höhere Finanzierung aus dem Cash-Pool-Konto der Gruppe zurückzuführen, die zur Deckung von Sicherheiten für Rohstoffkäufe an der Börse und zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit der PST-Niederlassung in Polen aufgrund der gestiegenen Gaspreise verwendet wurde. Die Finanzierung aus Bankkreditlinien wurde um 32,8 Mio. EUR reduziert.

Der Anstieg des Finanzmittelfonds um 29,4 Mio. EUR ist auf die erhöhte Inanspruchnahme des Cash-Pools der Gruppe und den höheren Cashflow aus der Investitionstätigkeit zurückzuführen. Darüber hinaus wurde der Cashflow durch die Anpassung der konzerninternen Zahlungsbedingungen an die besondere Situation auf den Finanz- und Energiemärkten positiv beeinflusst.

Aktiva und ihre Finanzierungsquellen zum 31.12.2021

	2021	2020
	TEUR	TEUR
AKTIVA	775.330,7	153,943.6
Anlagevermögen	2,288.4	1,999.2
Umlaufvermögen	756.843,0	147,389.8
Rechnungsabgrenzungsposten	14,391.2	1,364.6
Aktive latente Steuern	1,808.1	3,190.0
EIGENKAPITAL UND PASSIVA	775.330,7	153,943.6
Eigenkapital	7.698,9	4,770.1
Rückstellungen	8.250,8	6,066.8
Verbindlichkeiten	673.280,0	138,858.7
Rechnungsabgrenzungsposten	86.099,1	4,247.0
Passive latente Steuern	1,9	1.0

Die Bilanzsumme konnte von 153,9 Mio. EUR im Jahr 2020 um 403,6 % auf nunmehr 775,3 Mio. EUR gesteigert werden. Dabei beträgt der Anteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme im Jahr 2021 ca. 97,6 % (Vorjahr: 95,7 %). Die Veränderung ist vor allem auf den gestiegenen Umsatz zum Jahresende zurückzuführen. Sowohl die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Drittunternehmen stiegen deutlich von 43,1 Mio. EUR im Jahr 2020 auf 329,7 Mio. EUR im laufenden Geschäftsjahr als auch die Gesamtforderungen gegenüber verbundenen Unternehmen von 71,0 Mio. EUR auf 286,6 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich deutlich von 35,9 Mio. EUR im Vorjahr auf nunmehr 346,0 Mio. EUR. Ebenso wie die Verbindlichkeiten gegenüber der PGNiG-Gruppe und der PST-Gruppe stiegen auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dritten Unternehmen deutlich von 53,4 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2020 auf 274,0 Mio. EUR im Jahr 2021. Diese signifikanten Zuwächse sind hauptsächlich auf den starken Anstieg der Rohstoffpreise innerhalb eines Jahres zurückzuführen.

Zusätzliche Investitionen und Abschreibungen haben das Anlagevermögen nicht wesentlich beeinflusst. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 0,3 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR.

Die ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen erhöhten sich im Vergleich zu 2020 (7,2 Mio. EUR vs. 6,0 Mio. EUR im Vorjahr). Die Eigenkapitalquote sank von 3,1 Prozent (Vorjahr) auf 1,0 Prozent im Geschäftsjahr. Dieser Rückgang ist auf die marktpreisbedingte deutliche Erhöhung der Bilanzsumme zurückzuführen. Aufgrund des seit 2017 bestehenden Ergebnisabführungsvertrages musste die Gesellschaft die Verluste der PST ES übernehmen. In diesem Zusammenhang sanken die aktiven latenten Steuern um 1,4 Mio. EUR auf aktuell 1,8 Mio. EUR.

Zusätzlich zu den beiden Bankkreditlinien, die der PST-Gruppe zur Verfügung stehen, kann das Unternehmen für seine Geschäftsfinanzierung auf eine Kreditlinie der PGNiG SA zurückgreifen. Die Kreditlinien wurden auf einem niedrigeren Niveau als im Jahr 2020 (44,6 Mio. EUR im Jahr 2020) in Anspruch genommen und belaufen sich nun auf 11,8 Mio. EUR. Das revolving Darlehen von PGNiG SA wurde zum 31.12.2021, wie im Vorjahr, nicht in Anspruch genommen. Zur Finanzierung der wachsenden Geschäftstätigkeit der PST-Niederlassung in Polen, insbesondere des Kaufs von Rohstoffen an der polnischen Strombörse (TGE) und der damit verbundenen Margin-Zahlungsanforderungen, hat das Unternehmen eine Vereinbarung über eine flexible Finanzierungsform mit der PGNiG SA unterzeichnet und ist dem Cash-Pool der Gruppe beigetreten. Darüber hinaus stellt die PGNiG SA die erforderlichen Sicherheiten für die Transaktionen der Gruppe und zur Absicherung von Bankkrediten in Form von Zahlungsgarantien bereit. Die Liquidität der PST-Gruppe ist gesichert.

Leistungsindikatoren

	2021	2020
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	4.659.143,9	1.017.424,4
Kosten (verrechnet mit sonstigen Erträgen)	4.649.788,2	1.016.964,3
EBIT	9.355,7	460,1

Die Umsatzerlöse der PST bestehen aus Gas-, Strom-, Öl- und LNG-Verkäufen sowie aus Kapazitäts- und Ausgleichszahlungen. Die Kostenposition entspricht den Umsatzerlösen und umfasst zusätzliche Betriebskosten des Unternehmens.

Aufgrund steigender Energiepreise und höherer Absatzmengen im Vergleich zum Vorjahr stieg der Gesamtumsatz um 357,9 %. Die realisierten Umsatzerlöse von 4.659,1 Mio. Euro lagen deutlich über den Planwerten für das Jahr 2021 (1.431,4 - 1.749,5 Mio. Euro).

Die Kosten des letzten Jahres haben sich entsprechend entwickelt. Im Jahr 2021 betragen die Kosten 4.649,8 Mio. Euro, während die aktualisierten Plankosten in Höhe von (1.430,3 - 1.748,1 Mio. Euro) budgetiert waren. Insgesamt ist das EBIT-Ergebnis für das Geschäftsjahr 2021 mit 9,3 Mio. Euro sehr positiv und deutlich besser als geplant (1,1 - 1,4 Mio. Euro).

III. Chancen- und Risikobericht

Die Überwachung und das Management von Chancen und Risiken sind ein integraler Bestandteil des Managements der PST.

Der PST wurde von der Muttergesellschaft ein Risikorahmen in Form von Limits, insbesondere Stop-Loss-Limits, vorgegeben. Das Risikomanagementsystem des Unternehmens bewegt sich innerhalb dieser Limits.

1. Risikobericht

a. Definition der Risiken

Die Gesellschaft verfolgt im Rahmen des Risikomanagements kontinuierlich und systematisch die Chancen und Risiken sowie die Entwicklung der Geschäfte. Die nachstehenden Risiken sind nach der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit aufgeführt. Eine Aussage über die damit verbundene Höhe des Risikos (einzeln bzw. kumuliert) ist damit aber nicht verbunden. Aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit in den jeweiligen Geschäftsfeldern überwacht und steuert die PST folgende Risiken:

- Operationelle Risiken
- Marktpreisrisiken
- Adressenausfall- / Kreditrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Rechtliche und regulatorische Risiken

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen durch organisatorische, prozessuale, technische oder personelle Unzulänglichkeiten oder durch ungünstige externe Einflüsse. So können Risiken aus fehlerhaften Prozessen bestehende Kontrollen oder zu treffende

Entscheidungen im Unternehmen beeinträchtigen, die dann einen gewissen Mehraufwand oder erhöhte Kosten nach sich ziehen.

Durch die Implementierung geeigneter Prozesse bzw. Automatisierung von Prozessen, Redundanzen sowie dem 4-Augen-Prinzip steuert die Gesellschaft diesen operationellen Risiken wirksam entgegen. Für potentielle IT-Risiken besteht ein IT-Notfallkonzept.

Das Management der operationellen Risiken wird in den folgenden Jahren von den Ergebnissen des implementierten Risikomanagementprozesses (Ereignisaufzeichnung, Lernprozess, Key-Risk-Indicators, etc.) profitieren.

Die PST stellt fest, dass die geopolitische Lage im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die Ukraine das operationelle Risiko erheblich erhöht. Die Infrastruktur in der Ukraine ist durch physische Schäden gefährdet und das Risiko von Angriffen auf die IT-Infrastruktur von Energieunternehmen, Banken und Telekommunikationsbetreibern muss genau überwacht werden. Seit Ausbruch des Krieges werden wöchentliche Treffen mit allen Unternehmen der PGNiG-Gruppe organisiert, um Informationen über alle negativen Ereignisse auszutauschen, die mit vorsätzlichen, feindlichen Handlungen von Unternehmen und Einzelpersonen in Verbindung stehen könnten. Die Sicherheitsabteilung der PGNiG-Gruppe weist wöchentlich auf die Bereiche hin, in denen zusätzliche Aufmerksamkeit erforderlich ist. Bislang haben sich diese zusätzlichen Risiken für PST in einem wahrscheinlichen Verlust von 100.000 USD niedergeschlagen, die beim ukrainischen Fernleitungsnetzbetreiber hinterlegt wurden, um PST den Gastransport durch die ukrainische Infrastruktur zu ermöglichen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken entstehen dadurch, dass der Marktpreis vom Vertragspreis für das jeweilige Produkt im Laufe der Zeit abweicht. Marktpreisänderungen resultieren primär aus Schwankungen in Angebot und Nachfrage, beispielsweise als Folge von Temperaturänderungen oder Lieferengpässen.

Im Hinblick auf die Messung, Überwachung und Steuerung der daraus resultierenden Risiken ist ein konsistentes Risikomanagement erforderlich. Hierfür werden Handelspositionen im Handelssystem erfasst und mit aktuellen Marktparametern bewertet. Als Steuerung gegen Marktpreisrisiken werden sowohl mengen-, als auch verlustbezogene Limite auf Buch- und Strategieebene angewendet. Unser Backoffice-Team führt Markt-gerechtigkeitsprüfungen für alle Geschäfte durch. Daneben erfolgt eine wesentliche Begrenzung des Marktpreisrisikos durch eine Back-to-Back-Strategie, die für die Mehrheit

der Handelsgeschäfte anzuwenden ist. Mit diesen Maßnahmen sind die Marktpreisrisiken für die Gesellschaft beherrschbar.

In den letzten beiden Jahren haben wir aufgrund der Covid-19-Pandemie und der Energiepreiskrise ab dem 4. Quartal 2022 eine extreme Volatilität der Preise mit historischen Tiefst- und Höchstständen in den Jahren 2020 bzw. 2021 beobachtet. Die tägliche Überwachung der Positionen ermöglichte es PST, Verluste im Eigenhandel zu vermeiden. Auf der anderen Seite wurden die Ergebnisse der Niederlassung Warschau durch einzelne Verträge mit Industriekunden, die sogar ein begrenztes Flexibilitätselement enthielten, negativ beeinflusst. Alle eingepreisten Risikoaufschläge erwiesen sich als völlig unzureichend, um das aus der Preisvolatilität resultierende Risiko abzudecken. Derzeit werden von der PST keine Verträge oder Produkte angeboten oder verlängert, die PST dem Risiko von Preisschwankungen oder Verbrauchsvolatilität aussetzen.

Adressenausfall- / Kreditrisiken

Ausfall- oder Kreditrisiken entstehen aus der Nichtliefer- bzw. Nichtabnahmefähigkeit oder Nichtzahlungsfähigkeit eines Handels- bzw. Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko wird handelstäglich durch Zusammenfassung bestehender Forderungen und potenzieller Ansprüche nach Berücksichtigung von erhaltenen Barsicherheiten bzw. Bankgarantien und Netting-Möglichkeiten pro Handelspartner (= Exposure) ermittelt.

Das Kreditrisikomanagement umfasst im Wesentlichen:

- Kreditrisikobewertung
- Kreditlimit-Überwachung
- Sicherheitenmanagement

Die Handelsgeschäfte werden auf Basis standardisierter Rahmenverträge abgeschlossen. Aufgrund einer Bonitätsbeurteilung potenzieller Handelspartner wird über deren Kreditwürdigkeit und gegebenenfalls über das maximal zulässige Kreditlimit entschieden. Die Ausnutzung der Limite wird im handelstäglich publizierten Risikobericht veröffentlicht und steht der Geschäftsführung zur Verfügung. Darin werden auch künftige Limite-Auslastungen beobachtet und bei Bedarf werden Geschäfte mit betroffenen Handelspartnern limitiert. Weiterhin erfolgen eine turnusmäßige Bonitätsüberwachung bestehender Handelspartner und eine Überprüfung eingeräumter Limite. Diese vom Risikomanagement implementierten Maßnahmen begrenzen damit das Risiko erheblich.

Der Preisausbruch im 4. Quartal 2021 führte dazu, dass alle zugewiesenen Kreditlimits im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit schnell ausgeschöpft wurden. Die PST verfolgte einen konservativen Ansatz und wies höhere Kreditlimits nur ausgewählten Gegenparteien mit höchster Vertrauenswürdigkeit zu, wodurch ein erheblicher Anstieg des Kreditrisikos vermieden wurde. Um den Betrieb ohne Unterbrechung fortzusetzen, verstärkte die PST ihre Tätigkeit an den Börsen, wo das Kreditrisiko sehr begrenzt ist. Dieser Ansatz führte zu einer höheren Nachfrage nach Liquidität. Dank der strikten Überwachung der Auslastung des Kreditlimits war die PST in der Lage, die Entscheidung zu treffen, den Handel mit Kontrahenten, die täglich den ihnen zugewiesenen Kredit erreichen, zu sperren oder das Engagement zu reduzieren. Im Jahr 2021 wurde die PST nicht durch Zahlungsausfälle beeinträchtigt.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. über keine ausreichenden Refinanzierungsmöglichkeiten zu verfügen.

Das Liquiditätsrisikomanagement besteht aus:

- Liquiditäts-Budgetierung und -Controlling
- Management bzw. Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen eines Standardprozesses
- Externe Finanzierung und Liquiditätssicherung, wie in 5. „Darstellung der Abschlüsse“ beschrieben

Zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs werden (wesentliche) künftige Liquiditätsflüsse erfasst und daraus der Finanzierungsbedarf ermittelt. Hierüber wird regelmäßig berichtet. Daneben wurde ein mittelfristiges Liquiditätsbedarfsreporting installiert, das den Liquiditätsbedarf der Gesellschaft auch für neu zu entwickelnde Geschäftsfelder ermittelt. Die Liquiditätsanalyse und -steuerung liegt im Verantwortungsbereich des Bereichs Finance der PST.

Aufgrund der Preiskrise im 4. Quartal stieg die Nachfrage nach Liquidität für die PST drastisch an. Eine häufige Analyse der Liquiditätslage ermöglichte die Durchführung von nicht standardmäßigen Maßnahmen zur Bewältigung der Situation. Die PST führte ein flexibles Schema für Abrechnungen mit verbundenen Unternehmen ein und erhöhte ihre Bankfinanzierungslimits. Dank dieser Maßnahmen operierte und operiert die PST auf

einem ähnlichen Niveau (in Bezug auf das gehandelte Volumen) wie vor der Preiskrise und dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Rechtliche Risiken können im Zusammenhang mit rechtlichen Verfahren, unvorteilhaften oder nicht durchsetzbaren Verträgen sowie Compliance eintreten. Diese Risiken werden minimiert, indem die Rechtsabteilung rechtliche Verfahren steuert und Verträge entsprechend verhandelt und verfasst. Wir verfügen darüber hinaus über ein Compliance-Management (einschließlich KYC, Client Onboarding, Anti-Bestechungs- und Geschenkpolitik), das dazu dient, Compliance-Verstöße zu vermeiden. Regulatorische Risiken können durch Änderungen des regulatorischen und gesetzlichen Rahmens entstehen. Die Rechtsabteilung beobachtet Änderungen des regulatorischen und gesetzlichen Rahmens für das Geschäft des PST-Teilkonzerns und sorgt frühzeitig dafür, dass bei entsprechenden Änderungen die erforderlichen Maßnahmen eingeführt und umgesetzt werden.

Die PST ist sich der dynamischen Entwicklung der weltweiten Sanktionsregelungen bewusst, insbesondere derjenigen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden. Um die damit verbundenen Compliance-Risiken zu managen, hat PST den KYC-Prozess überarbeitet. Ein überarbeitetes KYC-Formular bezieht sich u.a. auf die direkte oder indirekte Beteiligung einer russischen natürlichen oder juristischen Person. Das Formular enthält auch eine Verpflichtung zur Aktualisierung der darin enthaltenen Angaben. In der Regel enthalten die von der PST abgeschlossenen Handelsverträge eine Sanktionsklausel. Seit dem Ausbruch der russischen Invasion erhält die PST auch regelmäßige Informationen über Sanktionen von der PGNiG (konzerninterne Kommunikation über US- und EU-Sanktionen) sowie von einer externen Anwaltskanzlei (die sich vor allem auf US-Sanktionen konzentriert).

b. Organisation des Risikomanagements

Bei der PST ist ein zweistufiges Risikomanagement implementiert. Während das operative Risikomanagement (d.h. die fortlaufende Beobachtung, Überwachung und Berichterstattung der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft) Aufgabe des Risikomanagements ist, ist die Aufgabe des internen Risikokomitees, neben der Risikosteuerung Chancen und Risiken bei der Einführung neuer Produkte bzw. bei Eintritt in neue Märkte zu beurteilen. Dieses Gremium besteht aus der Geschäftsführung und den Bereichsleitern. Neben der Markt- und Produktfreigabe entscheidet das Risikokomitee auch über

den Abschluss wesentlicher Geschäfte mit bereits genehmigten Produkten in genehmigten Märkten.

c. Prozess des Risikomanagements

Dieser Prozess umfasst die Erkennung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken sowie deren Berichterstattung. Bei der Bewertung von Risiken sowie zur Risikosteuerung werden in der Branche gängige Basis-Verfahren (Stop-loss-Limit, Openposition-Limit sowie Credit Exposure) eingesetzt. Die Risiken werden täglich erfasst und nach einheitlichen Kriterien bewertet und berichtet.

Grundlage für das risikobewusste Handeln der Gesellschaft bilden die Risikorichtlinie („Risk Policy“), die fortlaufend aktualisiert wird. Die Geschäftsführung wird auf handeltäglicher Basis durch Risikoberichte über die aktuelle Risiken- und Chancensituation informiert, deren Basisdaten direkt aus dem Handelssystem kommen. Die im Handelssystem enthaltenen Risikomessverfahren sind Basisverfahren, die stetig weiterentwickelt werden. Diese täglichen Basisdaten werden täglich aufbereitet, und mittels wöchentlicher, monatlicher und jährlicher Berichte direkt an das Risikokomitee der PGNiG SA berichtet. In besonderen Fällen werden die Geschäftsführung oder das Risikokomitee unmittelbar unterrichtet, die wiederum den Aufsichtsrat direkt benachrichtigen.

Das Risikomanagementsystem und die dazugehörigen Prozesse werden laufend weiterentwickelt, um dem in den vergangenen Jahren deutlich gewachsenen Geschäft und den regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Die Implementierung von formalisierten und anspruchsvollen Lösungen soll dem zunehmend komplexen Geschäft und dem weiteren organischen Wachstum der Gesellschaft Rechnung tragen.

d. Gesamtaussage zur Risikosituation

Nach bestem Wissen sind der Geschäftsführung keine Einzelrisiken bzw. kein Gesamtrisiko bekannt, das für das Unternehmen zukünftig bestandsgefährdend bzw. mit einem erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verbunden ist. Aufgrund des Ausbruchs des Krieges in der Ukraine und der Energiepreiskrise erkennt die PST einen Anstieg der Risiken in allen Bereichen: Betrieb, Marktpreise, Kredit, Liquidität und Regulierung. Der bestehende Rahmen und die Risikomanagementprozesse ermöglichen es der PST jedoch, flexibel und rechtzeitig auf sich ändernde Risiken zu reagieren. Daher sind wir der Ansicht, dass alle Risiken gut beherrscht werden und das Wohlergehen der PST nicht gefährden.

2. Chancenbericht

Die Bewertung von Chancen ist Teil des bei der PST eingerichteten Risikomanagementsystems (Organisation und Prozesse).

a. Definition der Chancen

Entsprechend den definierten Risiken der Gesellschaft ergeben sich für die PST folgende Chancen (die Reihenfolge ergibt sich aus dem Grad der Beeinflussbarkeit):

Operative Chancen

Aufgrund der strategischen Positionierung und Ausrichtung der PGNiG-Gruppe wird die PST eine immer wichtigere Rolle spielen, insbesondere im Hinblick auf die Handelsaktivitäten. Neben der Vermarktung von Erdgas aus NCS und DCS auf den europäischen Märkten ist das Unternehmen auch auf dem internationalen LNG-Markt aktiv.

Schlanke Strukturen und effiziente Prozesse in Verbindung mit dem Know-how und der langjährigen Branchenerfahrung ihrer Mitarbeiter werden der Gesellschaft helfen, sich für den künftigen Wettbewerb optimal zu positionieren.

Liquiditätschancen

Die Finanzkraft und die Bonität der Muttergesellschaft PGNiG SA ermöglicht, insbesondere durch die Bereitstellung der erforderlichen Sicherheiten, die sowohl für die externe Unternehmensfinanzierung als auch zur Absicherung von Handelsgeschäften verwendet werden können, den zügigen Aufbau des Geschäftes.

Marktpreischancen

Insbesondere die Tatsache, dass die Gesellschaft seit mehr als zehn Jahren auf dem deutschen und europäischen Energiemarkt operativ tätig ist, bietet die Chance, durch entsprechende Beschaffungsstrategien und die Entwicklung geeigneter Produkte und Dienstleistungen von den Preisentwicklungen auf den relevanten Energiemärkten zu profitieren.

b. Gesamtaussage zur Chancensituation

Das Unternehmen sieht sich aufgrund der soliden Basis für die Zukunft wettbewerbsfähig und gut positioniert. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich keine wesentlichen Änderungen an der Chancensituation.

IV. Prognosebericht

Ausblick und Prognose für 2022

Mit dem Ausbau unserer Handelsbeziehungen in ganz Europa, vor allem aber in Richtung NCS, Dänemark und CEE, sowie den steigenden Vermarktungsmengen kommen wir unserem Ziel, einer der führenden Akteure auf dem europäischen Gasmarkt zu werden, immer näher.

Wir sind bestrebt, das notwendige Wachstum nachhaltig und organisch zu erreichen und die Risiken, insbesondere aus dem Handel, effizient und konsequent zu minimieren. Ein Schritt in diese Richtung war die Umstrukturierung der PST Supply & Trading zu einer Holding, die auf operative Einheiten in München, London und Warschau zurückgreifen kann, die zielgerichtet und mit hervorragendem Know-how ausgestattet sind.

Wir gehen davon aus, dass mit der weiteren Entwicklung der PST auch unser Personalbedarf steigen wird, um die gesteckten Ziele umzusetzen. Wir sind sicher und sehr zuversichtlich, dass die PST in Zukunft erfolgreich zur Versorgungssicherheit Polens mit Erdgas und Europas mit LNG beitragen wird.

Trotz der Risiken im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit aufgrund des Krieges in der Ukraine, planen wir in den kommenden Jahren mit einem positiven Unternehmensergebnis.

Die untenstehende Tabelle zeigt die wirtschaftlichen Leistungskennzahlen der PST, die für 2022 geplant sind:

		2022
Umsatzerlöse	Mio. EUR	6.581,8 – 8.044,4
Kosten (saldiert mit sonstigen Erträgen)	Mio. EUR	6.577,9 – 8.039,6
EBIT	Mio. EUR	3,9 – 4,8

München, den 31. März 2022

Die Geschäftsführung

Unterschrift gültig

Dokument podpisany przez
IWETA KARINA OPOLSKA
Data: 2022.07.07 12:37:31
CEST



Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtet werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.